Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2489

29. 09. 95

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Aufbau Ost – Die zweite Hälfte des Weges – Stand und Perspektiven –

Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung in den neuen Ländern

Inhaltsverzeichnis — Seite

Zugeleitet mit Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 28. September 1995.

Anlagen

Anlagenverzeichnis

Aufbau Ost – Die zweite Hälfte des Weges Stand und Perspektiven

Fünf Jahre nach Wiedererlangung der Einheit Deutschlands und der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in den neuen Ländern sind die Fortschritte beim Aufbau Ost – trotz vieler noch bestehender Schwierigkeiten – unübersehbar. Deutschland ist auf dem Weg zur wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und inneren Einheit ein entscheidendes Stück vorangekommen. Das vereinigte Deutschland lebt – wie wohl nie in seiner Geschichte – in guten Beziehungen mit allen Nachbarstaaten und fest eingebettet in die europäische und westliche Staatengemeinschaft.

Die Einheit und der danach eingeleitete Aufbau Ost sind ein Gewinn für Ost- und Westdeutschland – politisch, kulturell und wirtschaftlich. Die Bevölkerung in den alten und den neuen Ländern hat bisher eine beispiellose Solidarität bewiesen. Die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern haben einen Strukturwandel im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialen und persönlichen Bereich ertragen und durchgestanden, der häufig ihre gesamten Lebensumstände von Grund auf geändert hat. Westdeutschland hat diese Aufbauleistung nicht nur mit beträchtlichen finanziellen Ressourcen, sondern auch mit dem persönlichen Engagement vieler Unternehmer, von aushelfenden Beamten beim Verwaltungsaufbau und dem Einsatz von westdeutschen Bürgern in vielen anderen Bereichen unterstützt. Der Aufbau Ost wird von der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland mitgetragen. Die überwältigende Mehrheit der Bürger akzeptiert, daß die aufgewendeten finanziellen Mittel im Rahmen des Wiederaufbaus der neuen Länder Investitionen in die Zukunft sind, die langfristig erhöhte Wettbewerbs- und Einkommenschancen Gesamtdeutschlands bedeuten. Umgekehrt würde Westdeutschland, würde die gesamte deutsche Volkswirtschaft nachhaltig geschädigt, wenn Ostdeutschland dauerhaft in der Entwicklung zurückbliebe.

Angesichts der erfreulichen Fortschritte darf allerdings niemand aus den Augen verlieren, daß der Aufbau Ost bei weitem noch nicht bewältigt ist. Ziel ist eine moderne, sich aus eigener Kraft im Wettbewerb behauptende Wirtschaft in den neuen Ländern und dadurch die Beseitigung der zu hohen Arbeitslosigkeit. Eine moderne ostdeutsche Wirtschaft kann Vorbildfunktion in vielen Bereichen haben, nicht zuletzt bei der Bewältigung ökologischer Probleme. Dieses Ziel ist noch nicht erreicht. Die zweite Hälfte des Weges liegt noch vor uns. Sie wird nicht weniger schwierig sein als die bisher zurückgelegte Wegstrecke. Auch in den kommenden Jahren sind Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik bei der Bewältigung des weiter notwendigen Strukturwandels gefordert.

I. Konzept der Bundesregierung für den Aufbau Ost

Die Bundesregierung verfolgte nach Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 sowie des Einigungsvertrages am 3. Oktober 1990 von Anfang an ein klares Konzept für den Aufbau der neuen Länder.

- Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Förderung privater Investitionen und die Gestaltung von Bedingungen, in denen sich neue Unternehmen entwickeln konnten. Dabei wurde vor allem auf Handwerk und Mittelstand besonderes Gewicht gelegt.
- Privatisierung und Sanierung der ehemaligen Staatsunternehmen durch die Treuhandanstalt bzw. deren Nachfolgeorganisationen. Hierzu gab es keine Alternative. Die im Ostblock führende DDR-Industrie war unter den Bedingungen der westlichen Märkte durch die Schuld jahrzehntelanger sozialistischer Mißwirtschaft wettbewerbsunfähig. Westexporte konnten nur mit hohen Verlusten realisiert werden. Die Rettung von möglichst vielen Arbeitsplätzen war nur durch private Investoren mit neuen Absatzmärkten, durch privates Management und Kapital möglich. Eine längerfristige Übernahme der Unternehmen in staatliche Regie wäre nicht nur unbezahlbar gewesen, sie hätte auch keines der Probleme gelöst. Allerdings hat die Treuhandanstalt mit insgesamt 250 Mrd. DM „Zeit gekauft", um unrentable Betriebe bis zu einer Privatisierung oder Sanierung zu unterstützen.
- Sofortige Einbeziehung der Bürger in die sozialen Sicherungssysteme, um die Benachteiligungen vieler Gruppen in der früheren DDR, wie der Rentner und der Kriegsopfer, zu beseitigen und allen Bürgern das in einer Sozialen Marktwirtschaft erforderliche Maß an Absicherung zu geben.
- Massiver Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zur Abmilderung des zunächst mit hohen Beschäftigungsverlusten verbundenen Umstrukturierungsprozesses und zur Anpassung der

beruflichen Qualifikation. Arbeitsplätze im zweiten Arbeitsmarkt können wettbewerbsfähige Arbeitsplätze nicht ersetzen und sind nur ein zeitweiser Ersatz für sie.

- Möglichst rasche Entwicklung einer leistungsfähigen modernen Infrastruktur, um die Lebensverhältnisse der ostdeutschen Bürger zu verbessern und attraktive Rahmenbedingungen für Investitionen zu schaffen. Schwerpunkte waren und sind dabei die Bereiche Verkehr, Telekommunikation, Städtebau und Wohnungswesen, Umweltschutz, Bildung, Wissenschaft und Forschung, Gesundheitswesen.
- Neuordnung der Eigentumsverhältnisse u. a. durch Vermögensgesetz, Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz.
- Aufbau von Verwaltungen und Justiz.
- Abbau von Investitionshemmnissen wie z. B. ungeklärte Eigentumsverhältnisse und ökologische Altlasten.

II. Bilanz*)

1. Desolate Ausgangslage durch DDR-Erbschaft

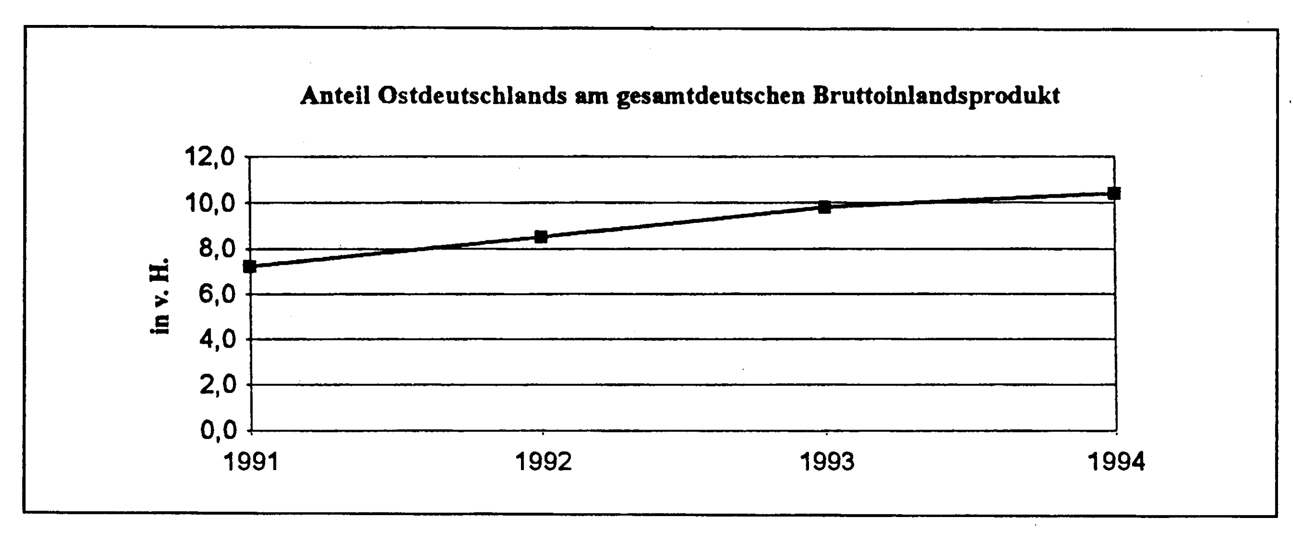
Bei einer Bilanz nach 5 Jahren wird bereits heute oft die desolate Ausgangslage vergessen, welche 40 Jahre kommunistischer Diktatur in den neuen Ländern hinterlassen hatten. In einem geheimen Bericht vom Oktober 1989 an den Generalsekretär der SED zeichneten selbst führende Mitglieder des Politbüros der SED ein Bild der DDR-Wirtschaft vor dem Ruin. Sie befürchteten, daß die DDR noch 1989 zahlungsunfähig werden könnte, weil die Investitionsquote seit Jahren zu gering war, der private Verbrauch schneller als die inländische Produktion wuchs und die Importe stärker als die Exporte stiegen. Aber auch damit wurde die tatsächliche Lage nur unzureichend erfaßt: Die Arbeitsproduktivität lag mit 30% weit niedriger als angenommen, der Kapitalstock war in weiten Teilen technisch veraltet, die Infrastruktur heruntergewirtschaftet, die Umweltbelastung bedrückend. Die verdeckte Arbeitslosigkeit war hoch.

*) Eine ausführliche Übersicht bietet die Veröffentlichung der Bundesregierung „Materialien zur Deutschen Einheit und zum Aufbau in den neuen Bundesländern", Bundestagsdrucksache 13/2280.

2. Bilanz insgesamt positiv, aber noch große Probleme

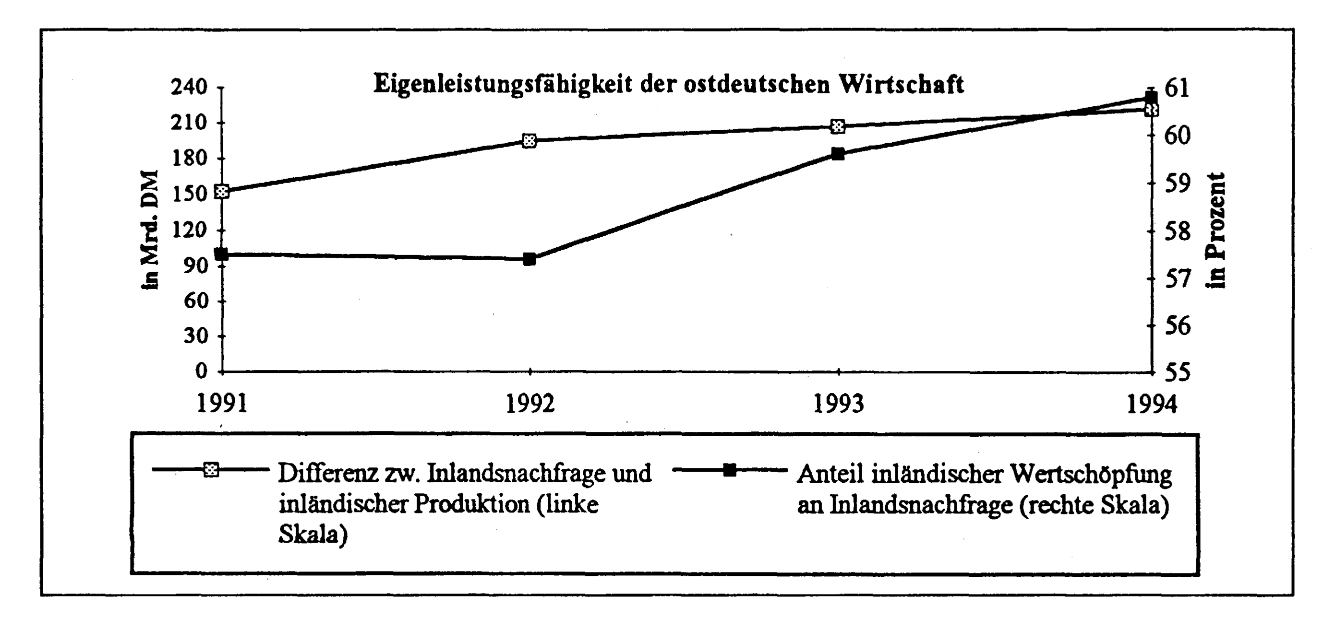
Die Bilanz der Politik für den Aufbau Ost ist angesichts dieser Ausgangslage und trotz der noch zu bewältigenden großen Wegstrecke bis zur Vollendung des Aufbaus eindeutig positiv. Die rechtliche und organisatorische Integration Ostdeutschlands ist weitgehend abgeschlossen. Das Ziel einer sich selbst tragenden, wettbewerbsfähigen Wirtschaft ist demgegenüber bei weitem noch nicht erreicht. Auch der Ausbau der Infrastruktur in allen Bereichen ist weiter notwendig. Die Fortschritte und vor allem die Dynamik des Aufholprozesses sind jedoch unübersehbar.

- Die ostdeutsche Wirtschaft befindet sich im 4. Jahr in Folge auf einem kräftigen Wachstumskurs, der nach Einschätzung aller Experten auch in den kommenden Jahren anhalten wird. Mit einem Wachstum von 8,5 % 1994 und ca. 8 % 1995 ist Ostdeutschland eine der am dynamischsten wachsenden Regionen der Welt. Diese Entwicklung geht einher mit moderaten Preissteigerungen.
- Der Aufholprozeß zum Westen ist in vollem Gange. Der Anteil Ostdeutschlands am gesamtdeut-



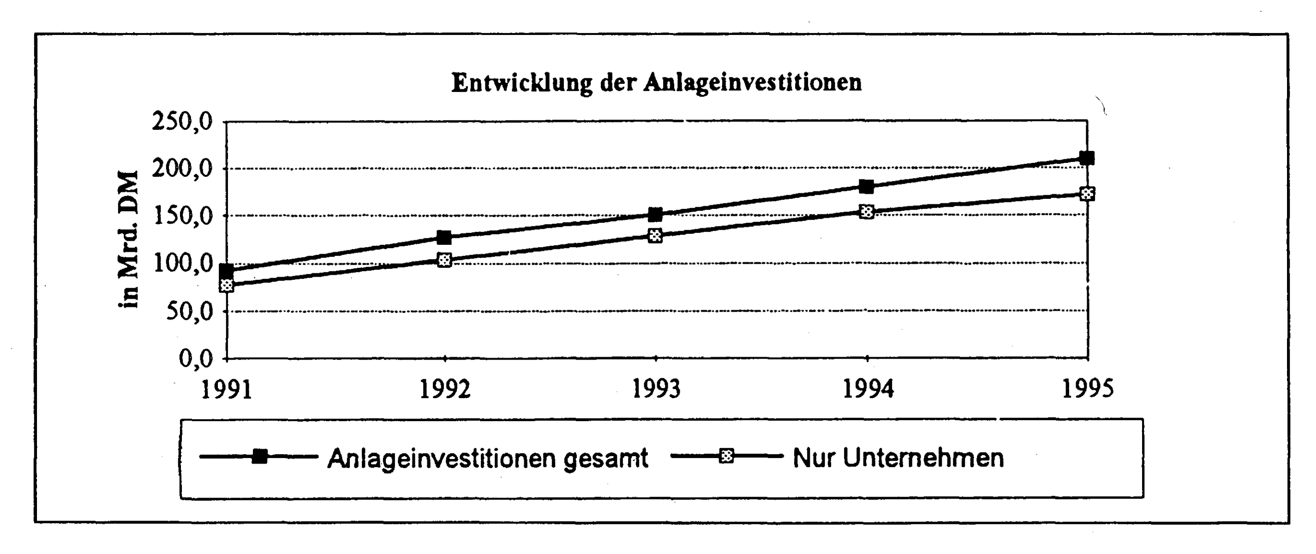
schen Bruttoinlandsprodukt stieg von 7,2 % 1991 auf 10,4 % 1994 und damit binnen weniger Jahre um mehr als 3 Prozentpunkte oder mehr als 40 %. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität – gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen – lag 1994 bei rd. 53 % des Westniveaus, nach 31 % im Jahr 1991.

Die Eigenleistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft ist aber weiterhin zu niedrig. So überstieg die ostdeutsche Inlandsnachfrage die inländische Produktion 1994 um rd. 219 Mrd. DM. Diese Differenz kommt – wie in den vergangenen Jahren – dem Absatz westdeutscher und ausländischer Unternehmen zugute. Erst gut 61 % (1991: 57 %) der inländischen Verwendung werden durch eigene Wertschöpfung gedeckt. Diese hohe Diskrepanz zeigt in besonderer Weise den nach wie vor bestehenden Entwicklungsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft.



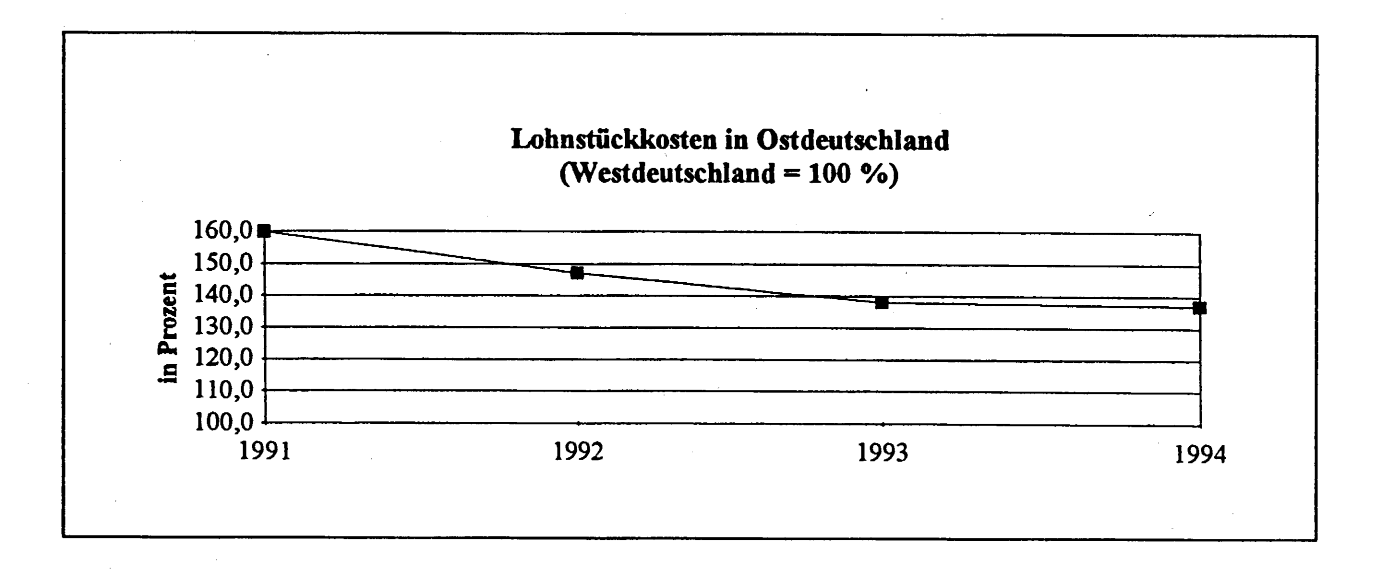
- Die Finanzpolitik hat den Aufbau Ostdeutschlands massiv unterstützt. Aus den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden, Europäischer Union sowie Sozialversicherungen wurden von 1991 bis 1994 netto rd. 475 Mrd. DM zur Verfügung gestellt. Die neuen Länder sind ab 1995 durch die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs finanziell abgesichert worden. Angesichts dieser finanziellen Belastungen war es keineswegs selbstverständlich, daß es gleichzeitig gelungen ist, die Solidität der Staatsfinanzen und die Stabilität der D-Mark zu erhalten. Dies ist eine Leistung der deutschen Finanzpolitik, die international große Anerkennung findet.

- Grundlage des Wachstums in Ostdeutschland ist eine anhaltend hohe Investitionsdynamik. Nach 92 Mrd. DM im Jahre 1991 werden die Anlageinvestitionen in den neuen Ländern 1995 einen Umfang von rd. 210 Mrd. DM erreichen, wovon allein rd. 170 Mrd. DM auf den Unternehmenssektor aus dem In- und Ausland entfallen. Erfreulich ist vor allem, daß die Investitionsintensität – gemessen an den Bruttoanlageinvestitionen je Einwohner – die entsprechenden westdeutschen Werte seit 1993 sowohl bei den öffentlichen wie bei den privaten Investitionen deutlich übertrifft (1995: um 116 % bzw. um 42 %). Insgesamt wird sich das Investitionsvolumen vom 2. Halbjahr 1990 bis Ende 1995 auf rd. 790 Mrd. DM belaufen.



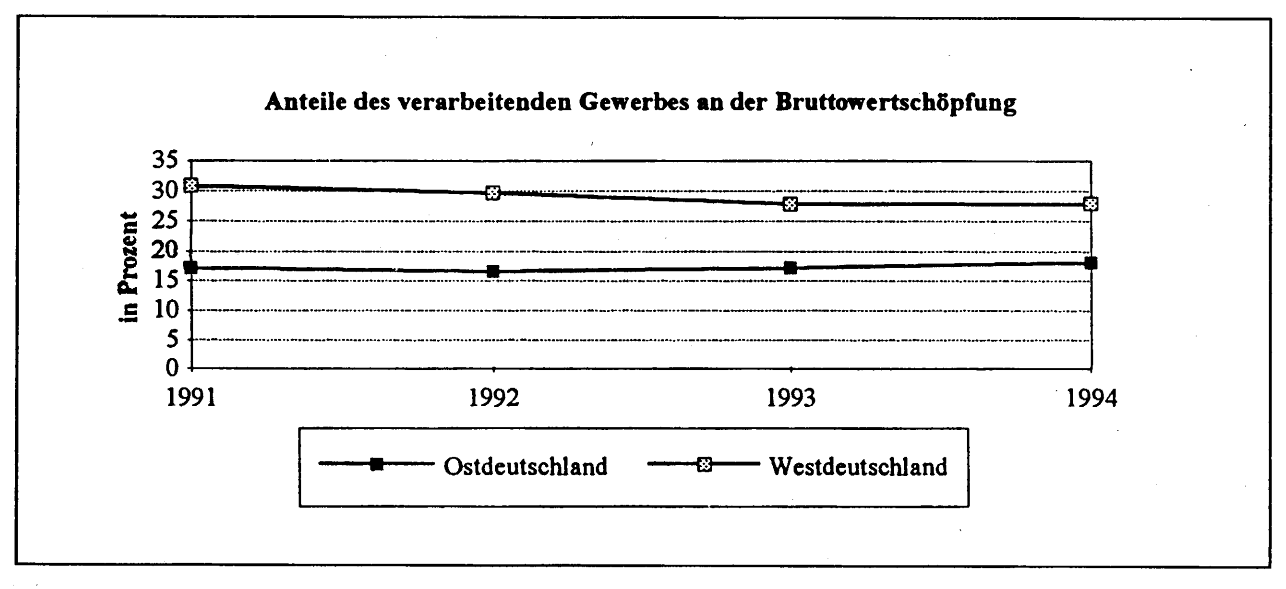
- Binnen weniger Jahre konnte sich in den neuen Ländern eine breit gefächerte mittelständische Wirtschaft etablieren. Dies belegen etwa 480 000 Selbständige – darunter ein Drittel Frauen – mit rd. 3,2 Mio. Beschäftigten. Vor allem Handwerk und Freie Berufe haben sich besonders gut entwickelt und tragen wesentlich zur Schaffung neuer, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze bei.

- Produktivität und Einkommen klaffen in den neuen Ländern noch weit auseinander. Folge ist, daß die Lohnstückkosten, die ein entscheidendes Element der Wettbewerbsfähigkeit darstellen, 1994 noch um rd. 37 % über dem westdeutschen Wert lagen. Dabei haben zahlreiche Unternehmen bereits westdeutsches Niveau erreicht oder überschritten, viele andere liegen noch weit darunter. Die Unterschiede zwischen einzelnen Unternehmen sind in Ostdeutschland stärker ausgeprägt als in den alten Ländern.



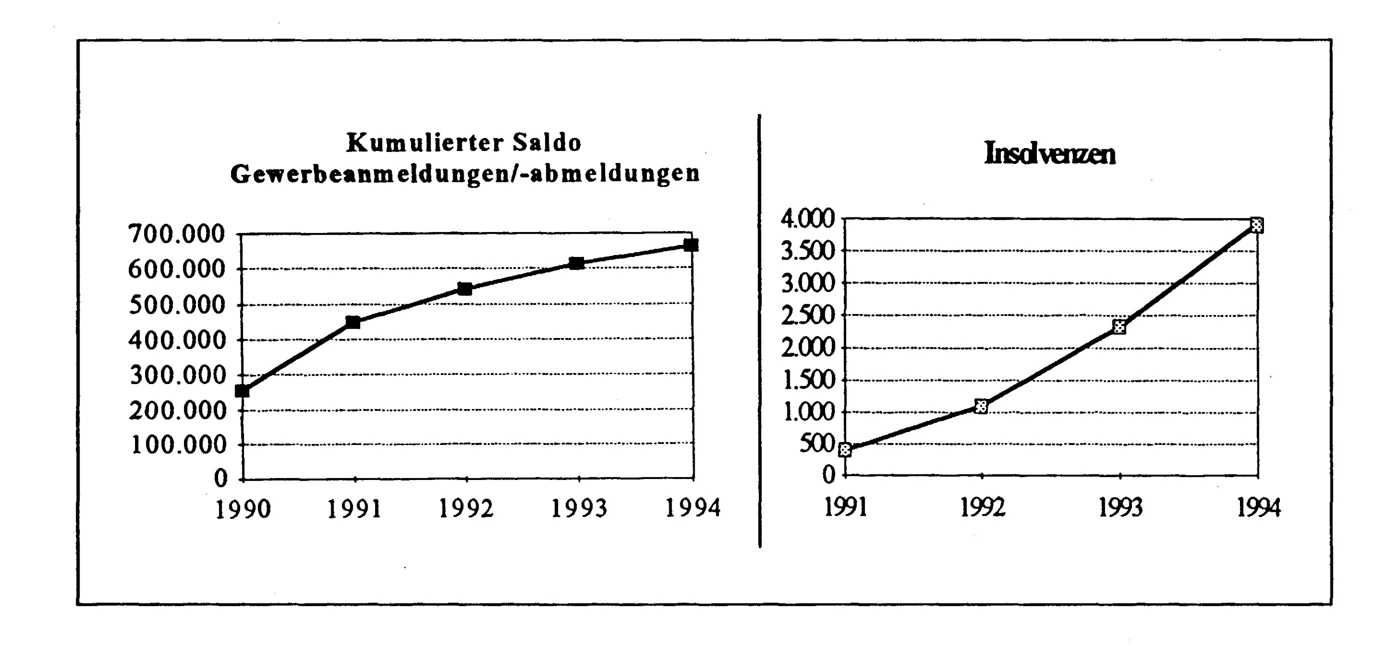
- Trotz der überaus regen Investitionstätigkeit hat sich die Kapitalausstattung pro Kopf der Bevölkerung zwar deutlich verbessert, ist aber noch immer unzureichend. Gründe für den unzureichenden Kapitalstock, dessen Umfang und Struktur die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Ostdeutschlands entscheidend mitbestimmen, sind zum einen das niedrige Ausgangsniveau, zum anderen der völlig veraltete Kapitalstock, der zudem durch die schnelle Lohnanpassung weiter entwertet wurde.

- Die industrielle Basis ist im Vergleich zu Westdeutschland zu schmal. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der ostdeutschen Bruttowertschöpfung betrug 1994 rd. 18 %, in Westdeutschland liegt er bei etwa 28 %. Von 1 000 Einwohnern waren im 2. Hj. 1994 nur 67 – gegenüber 120 in Westdeutschland – sozialversicherungspflichtig in der Industrie beschäftigt. Der geringe industrielle Anteil behindert ganz erheblich auch ein schnelleres Wachstum vieler – vor allem produktionsorientierter – Dienstleistungen.



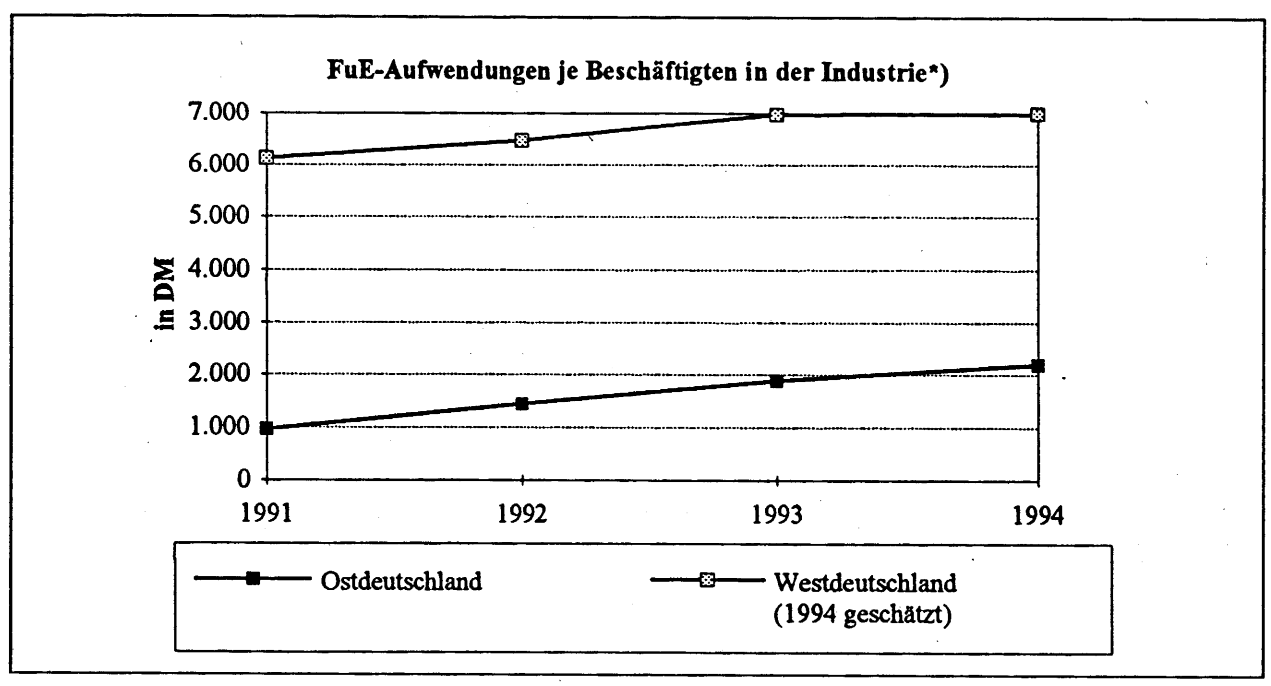
Inzwischen befindet sich auch die Industrie – am stärksten durch die 40jährige sozialistische Mißwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen – auf deutlichem Expansionskurs, allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau. Die Produktion ist 1994 gegenüber dem Vorjahr um rd. 20 % gewachsen und hat das Produktionsniveau des zweiten Halbjahres 1990 erreicht, allerdings jetzt mit wettbewerbsfähigen Produkten. Nach wie vor bestehen aber erhebliche Defizite.

- Die Eigenkapitalsituation vieler Unternehmen ist unbefriedigend. Eine Untersuchung der Deutschen Bundesbank vom Juli 1995 ergab, daß die durchschnittliche Eigenkapitalquote im Jahr 1993 mit 12,7 % deutlich unter dem westdeutschen Niveau von 17,5 % lag. Zu berücksichtigen ist zudem, daß die Unternehmen in Westdeutschland im Gegensatz zu Ostdeutschland in den letzten vierzig Jahren im Durchschnitt beträchtliche stille Reserven ansammeln konnten. Hinzu treten akute Liquiditätsprobleme, die neben einer schlechten Zahlungsmoral z. T. auch dadurch verstärkt werden, daß die Kreditwirtschaft höhere Ausfälle und Risiken in Ostdeutschland bei der Kreditvergabe zu berücksichtigen hat. Die z. T. ungünstigen Geschäfts- und Ertragslagen spiegeln sich auch in der Insolvenzentwicklung wider. 1994 gab es in den neuen Ländern 3 911 Unternehmensinsolvenzen. Erstmals lag damit die Insolvenzquote (Insolvenzen bezogen auf den Unternehmensbestand) in den neuen Ländern mit 0,8 % etwas über der Insolvenzquote der alten Länder (0,6 %). Allerdings werden netto weiterhin deutlich mehr Gewerbe angezeigt als abgemeldet. Von 1990 bis Juni 1995 lag der Saldo insgesamt bei mehr als 680 000. Nicht alle Anmeldungen führen zu wirklich tätigen Unternehmen. Nach einer wissenschaftlichen Untersuchung ist von rd. 480 000 Selbständigen auszugehen.



- Die Absatzsituation der ostdeutschen Unternehmen weist zwar deutliche Stabilisierungstendenzen auf. Dazu beigetragen haben u. a. die „Einkaufsoffensive der deutschen Wirtschaft" sowie die Auftragsvergabe der Bundesressorts (1994 wurden Aufträge im Wert von 18,3 Mrd. DM von den Bundesressorts an ostdeutsche Unternehmen vergeben; dies entspricht einem Anteil an der Auftragsvergabe von 20,6 %). Es fehlt vielen ostdeutschen Unternehmen aber nach wie vor an der notwendigen Präsenz auf überregionalen bzw. internationalen Märkten. Dies wird schon allein daran deutlich, daß der Anteil der neuen Länder an den gesamtdeutschen Ausfuhren nur 1,8 % im Jahr 1994 betrug. Die Exportquote im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands war 1994 mit 13,1 % nicht einmal halb so hoch wie die Westdeutschlands (28,7 %). Nur rd. 3 % des ostdeutschen Industrieumsatzes entfielen 1994 auf die überregional handelbaren Güter, also jene Güter, die in besonderem Maße auch dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind.

- Die industriellen FuE-Aktivitäten als wesentliche Voraussetzung für innovative, marktfähige Produkte sind noch unzureichend. Die tiefgreifende Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft ging mit einem beträchtlichen Abbau der unternehmerischen Forschung und Entwicklung (FuE) einher. In der Industrie wurden FuE-Beschäftigte schneller entlassen als Beschäftigte in der Produktion. Die prekäre Lage wird vor allem daran deutlich, daß der Anteil der neuen Länder an den gesamtdeutschen FuE-Aufwendungen im verarbeitenden Gewerbe lediglich 2,5 % beträgt.



*) Industrie: verarbeitendes Gewerbe und Bergbau, Energie- und Wasserwirtschaft
Quelle: Berechnungen des IWH nach SV-Wissenschaftsstatistik GmbH

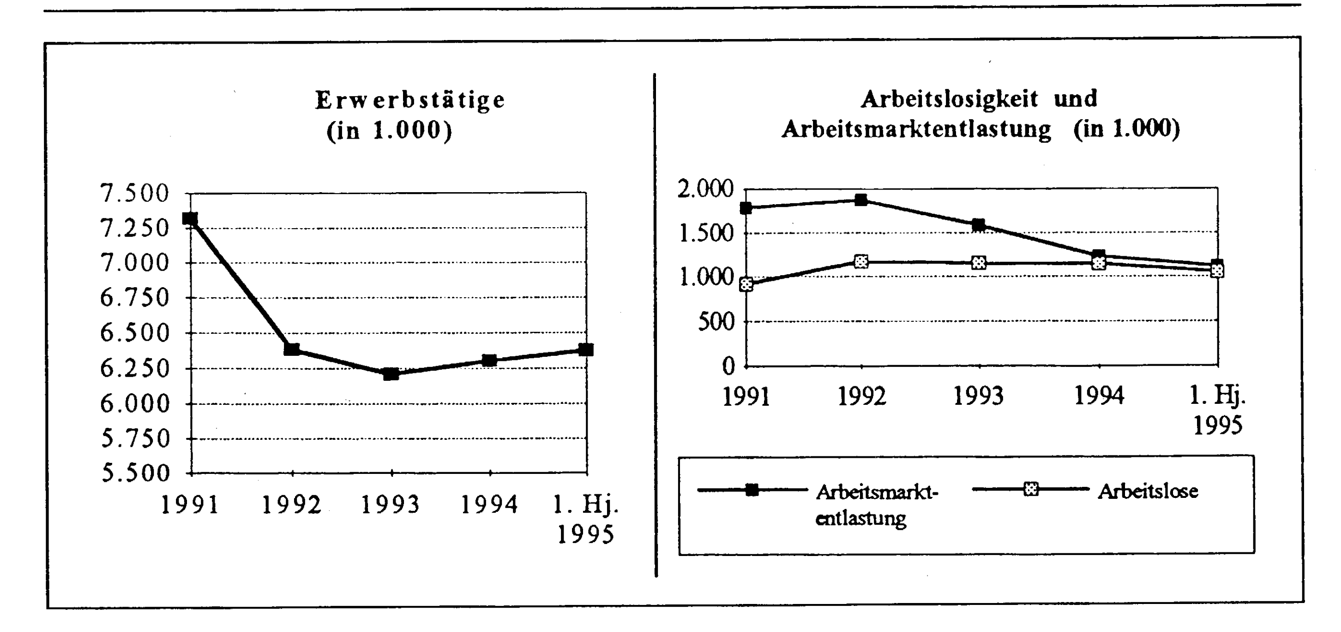
Nach Empfehlungen des Wissenschaftsrates und in Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Wissenschaftsorganisationen wurden seit 1992 rd. 140 Forschungseinrichtungen neu gegründet. Sie eröffnen mit der Schaffung von rd. 13 000 Arbeitsplätzen neue Aufgaben und Perspektiven für das Spektrum der Forschung in ganz Deutschland.

Zu einer wichtigen Hilfe, besonders für die mittelständische Wirtschaft, haben sich die Agenturen für Innovationsförderung und Technologietransfer, die Zentren für Demonstration, Beratung und Technologietransfer sowie die Innovationsberatungsstellen bei den Industrie- und Handelskammern entwickelt.

- Die Privatisierungs-, Reprivatisierungs- und Sanierungspolitik der Treuhandanstalt hat maßgeblich zur Mobilisierung privaten Kapitals und zum Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft beigetragen. So sind durch die Arbeit der Treuhandanstalt nahezu 40 000 Unternehmen privatisiert worden (einschl. über 10 000 Industrieunternehmen und rd. 25 000 sog. kleinen Privatisierungen, vor allem im Einzelhandel und im Gaststättenbereich). Mit den Privatisierungen verbunden sind Investitionszusagen von rd. 211 Mrd. DM und Arbeitsplatzzusagen von etwa 1,5 Mio.
- Sichtbarstes Zeichen für den noch nicht abgeschlossenen Umstrukturierungsprozeß ist die noch zu hohe gesamtwirtschaftliche Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote lag in Ostdeutschland im August 1995 mit 13,9 % um 5,7 Prozentpunkte über dem bereits hohen Vergleichswert West. Frauen sind von Arbeitslosigkeit besonders betroffen; ihr Anteil an den Arbeitslosen lag im August 1995 bei 63,8 %. Durch aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (Kurzarbeit, Weiterbildung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen u. ä.) wird der Arbeitsmarkt in diesem Jahr um gut 1 Mio. Personen entlastet, was einem Anteil an den zivilen Erwerbspersonen von rd. 13 % entspricht. Allerdings ist bei diesen Zahlen auch das unterschiedliche Erwerbsverhalten in Ost und West zu berücksichtigen. Die Zahl der Beschäftigten im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bevölkerung war 1994 in Ost und West bereits ähnlich.

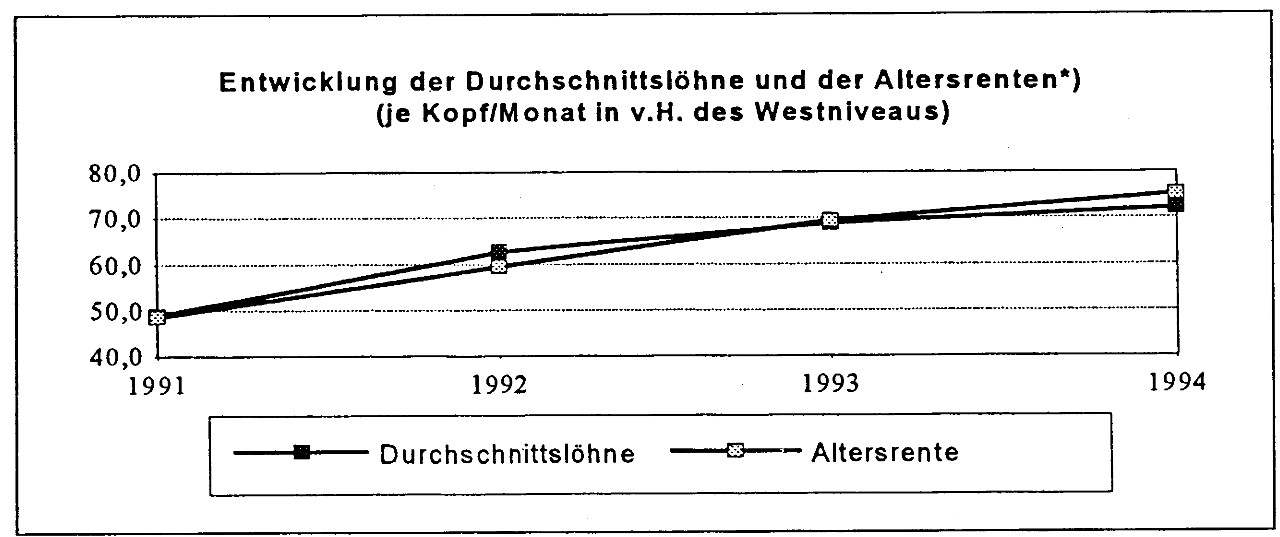
Die Aufwärtsentwicklung hat inzwischen auch den Arbeitsmarkt erfaßt. Die Erwerbstätigenzahl steigt seit Frühjahr 1994 an und lag im 1. Halbjahr 1995 um rd. 170 000 über dem 1. Halbjahr 1994. Die Bundesregierung geht davon aus, daß sich die Beschäftigung in den neuen Ländern im Jahresdurchschnitt 1995 gegenüber 1994 um ca. 180 000 erhöht.

Parallel dazu sinkt die Zahl der Arbeitslosen (1. Hj. 1995: ./. 176 000 gegenüber 1. Hj. 1994). Die Entlastung des Arbeitsmarktes durch den Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums ist daher auch nicht mehr in dem Umfang notwendig wie bisher. Die Zahl sank von 1,99 Mio. 1992 über 1,65 Mio. 1993 auf 1,32 Mio. im letzten Jahr.



- Die persönlichen Lebensverhältnisse haben sich deutlich verbessert. So sind die Durchschnittslöhne je Kopf/Monat von 49% (1991) auf rd. 72% (1994) des Westniveaus angestiegen.

- Das Rentenversicherungssystem der DDR wurde in das lohn- und beitragsbezogene Rentensystem der Bundesrepublik Deutschland überführt. Die verfügbare Standardrente in den neuen Ländern hat zum 1. Juli 1995 rd. 79% der vergleichbaren Rente in den alten Ländern erreicht. Zwischen Juli 1990 und Juli 1995 ist die durchschnittliche Altersrente eines ostdeutschen Versicherten von 672 DM auf 1 522 DM gestiegen.



*) Eckrente nach 45 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren

- Der Infrastrukturausbau – unerläßliche Voraussetzung für einen wettbewerbsfähigen Industrie- und Dienstleistungsstandort – ist gut vorangekommen, trotzdem ist die Infrastruktur aber noch deutlich schlechter als in Westdeutschland:

Beispiel Verkehr

Bis heute wurden rd. 55 Mrd. DM in die Verkehrsinfrastruktur der neuen Länder investiert; das ist nahezu jede zweite Mark der in Deutschland insgesamt für Verkehrsprojekte bereitgestellten Mittel. Zu den wichtigsten Ergebnissen gehören:

- im Eisenbahnbereich die Elektrifizierung von rd. 1 200 km Streckenlänge sowie die Reduzierung der Langsamfahrstellen von 1 400 (Streckenlänge 2 200 km) auf 600 (Streckenlänge 900 km).

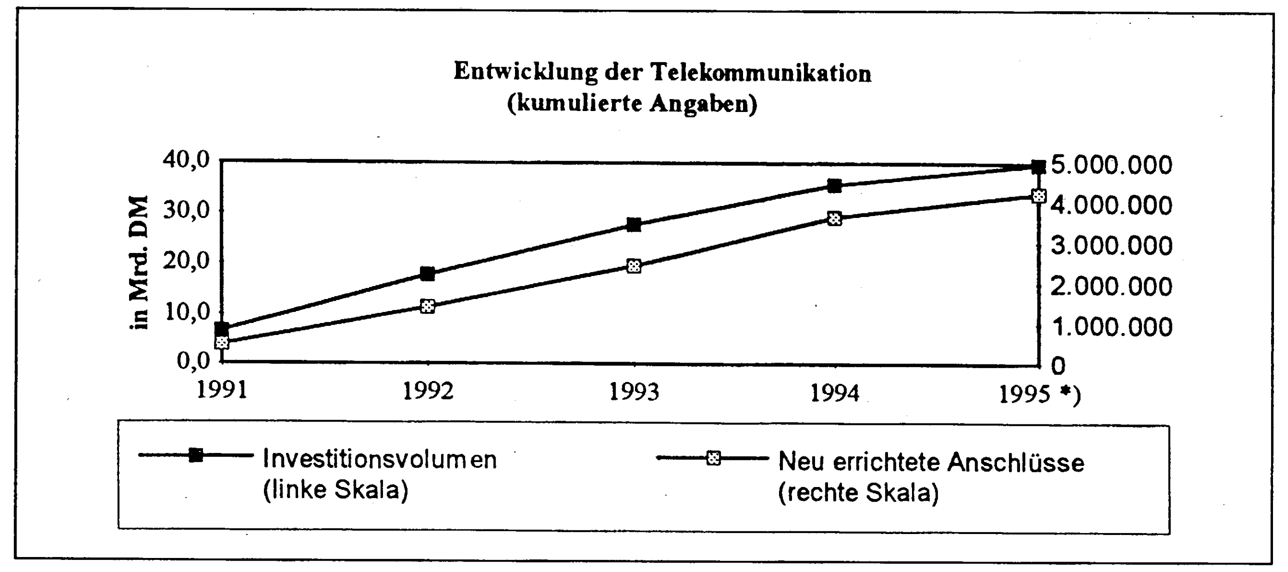
- im Bundesfernstraßenbereich rd. 7 000 km Fahrbahnerneuerung, 2 700 km Um- und Ausbau, 300 km Neubau.

Mit der Fusion von Deutscher Bundesbahn und Deutscher Reichsbahn sind die neuen Länder nunmehr vollständig in den deutschen und europäi-

schen Verbund des attraktiven Verkehrsträgers Schiene eingebunden.

Beispiel Telekommunikation

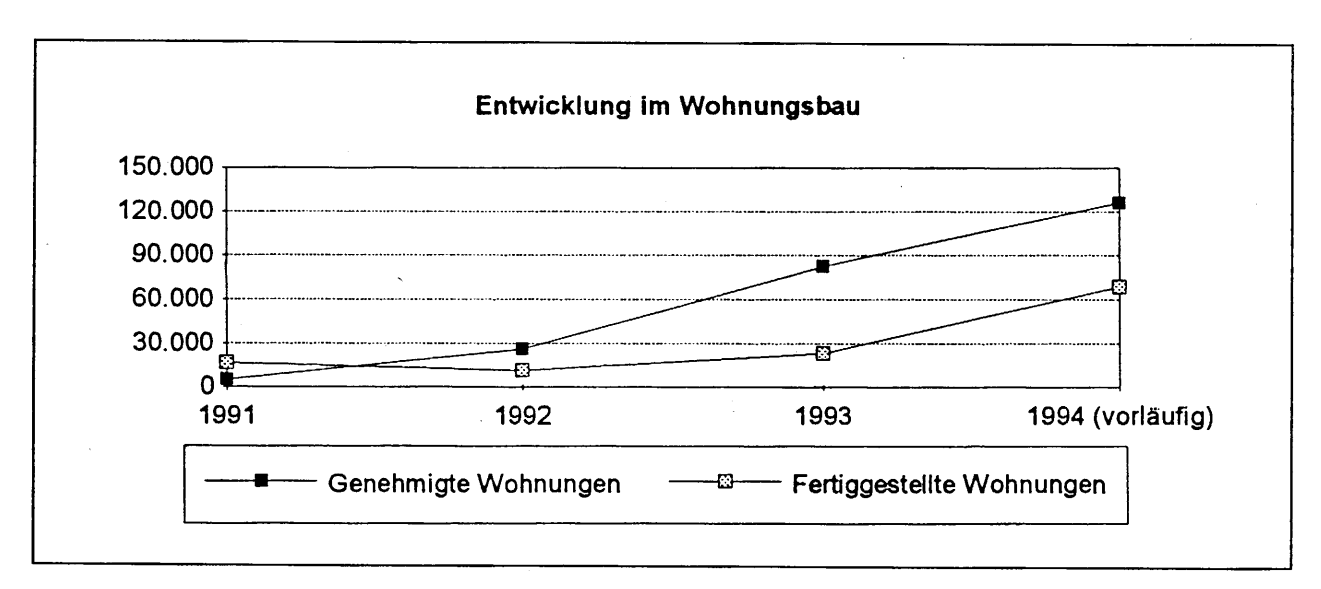
Seit der Vereinigung sind in den neuen Ländern rd. 4,2 Mio. neue Telefonanschlüsse eingerichtet worden. Damit hat sich der Gesamtbestand auf über 6,0 Mio. erhöht, bei Investitionen der Telekom von bisher ca. 40 Mrd. DM. Zur Verbesserung von Kapazität und Qualität der Leitungsverbindungen wurde ein hochmodernes digitales Netz aufgebaut. Darüber hinaus wurde die Infrastruktur im Telekommunikationsbereich durch die Aktivitäten von privaten Unternehmen im Mobilfunk und in der Satellitenkommunikation entscheidend verbessert.



*) 1. Halbjahr 1995 geschätzt

Beispiel Wohnungs- und Städtebau

Der Wohnungsbau hat sich kräftig entwickelt. Die Zahl der Neubaugenehmigungen ist von 26 500 im Jahr 1992 auf über 126 000 im Jahr 1994 angestiegen. Allein für 1995 wird mit 90 000 bis 100 000 Fertigstellungen gerechnet. Im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus sind seit 1991 über 120 000 Wohnungen neu gebaut worden. Hierfür wurden Bundesmittel von mehr als 5 Mrd. DM bereitgestellt. Zugleich sind die Wohnungsbestände erheblich verbessert worden. Mit Hilfe der Förderprogramme des Bundes sind bisher in 3,2 Mio. Wohnungen, das sind nahezu 50 % des gesamten Wohnungsbestandes in den neuen Ländern, Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt worden. Ferner wurden 77 000 Mietwohnungen im Wohnungsbestand neu geschaffen und der Kauf von über 40 000 Wohnungen durch Mieter mit Erwerbszuschüssen gefördert. Im Rahmen von Förderprogrammen stellt der Bund von 1990 bis 1995 Städtebaufördermittel in Höhe von rd. 4,8 Mrd. DM bereit.



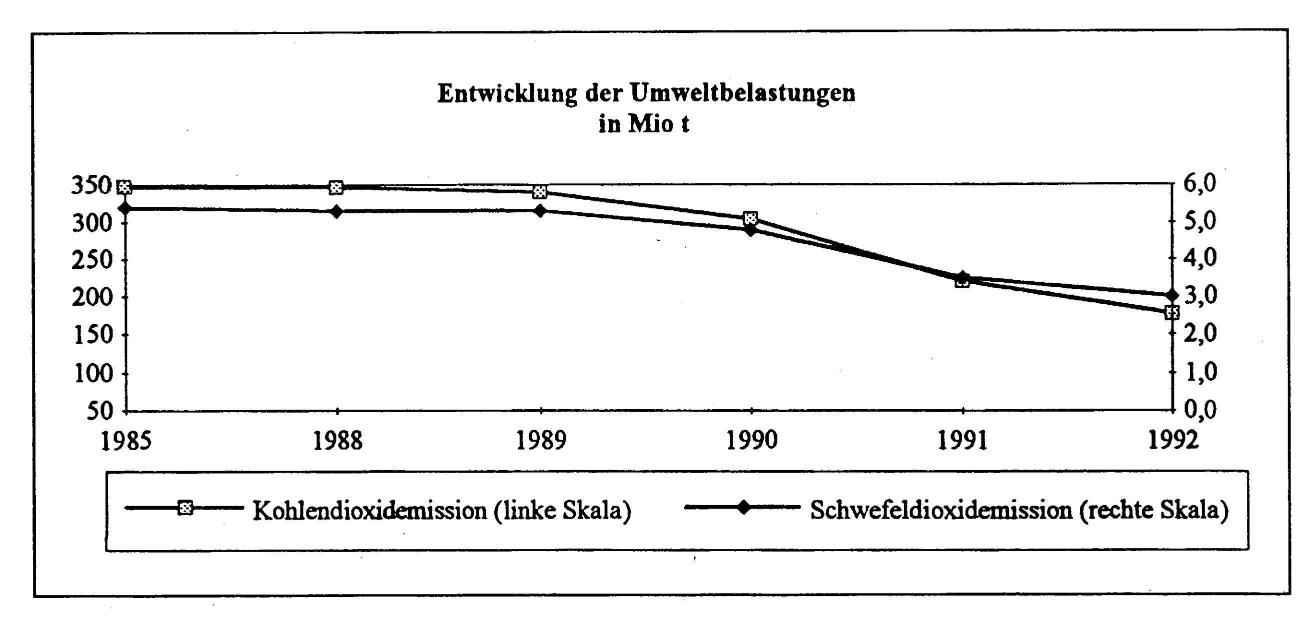
– Gute Fortschritte kennzeichnen auch die Entwicklung in der Landwirtschaft. Aus den ehemals 4 500 industriellen Großbetrieben sind im Zuge der Umstrukturierung zwischenzeitlich knapp 28 000 landwirtschaftliche Betriebe entstanden. Davon werden 22 600 als Einzelunternehmen, 2 400 als Personengesellschaften und 2 900 in Form juristischer Personen bewirtschaftet.

– Die Bundeswehr hat wichtige Beiträge zum Aufbau der neuen Länder geleistet durch den Abbau der Befestigungs- und Sperranlagen an der früheren innerdeutschen Grenze, einschließlich der Minenräumung, durch die Verwertung des Materials der ehemaligen Nationalen Volksarmee sowie durch die Freigabe von 1 500 Liegenschaften für die zivile Nutzung. Für Sanierungen und Neubauten wurden bis Ende 1994 über 3,7 Mrd. DM investiert. Aufträge der Bundeswehr in Höhe von rd. 3 Mrd. DM gehen vor allem in strukturschwache Gebiete und an mittelständische Unternehmen. Darüber hinaus konnte ein Drittel des gesamten Nachholbedarfs an Vermessungsarbeiten durch die Bundeswehr ohne Kostenberechnung für die Länder abgearbeitet werden. Die Vermessungsunterstützung hat großen Anklang gefunden. Die Bundeswehr wird dem Wunsch der neuen Länder nach Vermessungsunterstützung auch weiterhin nachkommen.

– Der Aufbau funktionsfähiger rechtsstaatlicher Verwaltungen sowie einer unabhängigen Justiz ist weit fortgeschritten. Die Herstellung der Rechtseinheit ist weit vorangekommen. Seit August 1993 entspricht der Gerichtsaufbau in den neuen Ländern dem der alten Länder. In den Kommunen ist durch den Aufbau der Verwaltungen die Basis für die kommunale Selbstverwaltung als wesentliches konstitutives Prinzip des demokratischen Rechtsstaats gelegt und bereits viel geleistet worden. Bewährt haben sich beim Aufbau von Verwaltung und Justiz vor allem die Partnerschaften zwischen westdeutschen und ostdeutschen Ländern, die Bereitstellung von Fortbildungsmaßnahmen sowie die Entsendung von Richtern und Staatsanwälten (rd. 4 500), Rechtspflegern und anderen Beamten. Der Aufbau der allgemeinen Verwaltung wurde ebenfalls über die Länderpartnerschaften und etwa 2 000 kommunale Partnerschaften sowie Informations- und Fortbildungsmaßnahmen unterstützt. Insgesamt rd. 35 000 Beamte von Bund, westdeutschen Ländern und Kommunen waren zeitweise abgeordnet. Nach wie vor bestehen aber noch gravierende Probleme in Einzelbereichen, wie z. B. bei den Grundbuchämtern, in der Steuerverwaltung und in den Kommunen.

– Die anfangs massiert aufgetretenen Investitionshemmnisse haben deutlich an Bedeutung verloren. Dazu beigetragen haben u. a. die gesetzliche Verankerung des Vorrangs von Investitionen, die Regelungen über die Freistellung von ökologischen Altlasten für Investoren, die Personal- und Sachhilfen beim Verwaltungsaufbau, die Lösung der Altschuldenfrage im Wohnungsbau, das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz, das Registerverfahrenbeschleunigungsgesetz und das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz. Im Rahmen der Regelung offener Vermögensfragen sind von den unternehmensbezogenen Anträgen inzwischen rd. 57 % und von den mehr als 2,2 Mio. grundstücksbezogenen Ansprüchen ca. 53 % bearbeitet (Stand Juni 1995, ohne Berlin). Die Zahl der den Grundbuchämtern vorliegenden offenen Anträge ist von rd. 610 000 Ende 1991 auf ca. 420 000 im März 1995 gesunken.

– Die in DDR-Zeiten entstandenen katastrophalen Belastungen der Umwelt durch Schadstoffe konnten kräftig zurückgeführt werden. Beispiele hierfür sind der Rückgang der energiebezogenen Kohlendioxidemission von 348 Mio. t (1985) auf 177 Mio. t (1992) und der Rückgang der Schwefeldioxidemission von 5,39 Mio. t (1985) auf 3,02 Mio. t (1992). Trotz der großen Fortschritte bleibt die Beseitigung der von der DDR ererbten großen Umweltlasten eine Aufgabe, deren Bewältigung noch Jahre dauern wird.



– Im Bereich des Gesundheitswesens konnten rasche Erfolge erzielt werden. Das frühere staatliche Versorgungssystem wurde von Grund auf umgestaltet und in ein pluralistisches Gesundheitswesen mit freiberuflichen Leistungserbringern, einer Vielfalt von Trägern und einem gegliederten System von Krankenkassen gewandelt.

Trotz der Fortschritte und Erfolge beim Aufbau Ost ist das Ziel einer sich aus eigener Kraft im Wettbewerb behauptenden ostdeutschen Wirtschaft und die Angleichung der Lebensverhältnisse bei weitem noch nicht erreicht. Nach wie vor muß die Entwicklung in Ostdeutschland in hohem Maße durch Transfers unterstützt werden. 1995 wird sich der Nettotransfer auf rd. 150 Mrd. DM belaufen. Insgesamt summiert sich der bis Ende 1995 aufgewandte Finanztransfer auf über 620 Mrd. DM (Transfer von Bund, Ländern, Sozialversicherungen, Europäische Union unter Abzug der Rückflüsse durch Steuer- und Verwaltungsmehreinnahmen des Bundes). Berücksichtigt man zusätzlich die Aufwendungen der Treuhandanstalt und die Steuermindereinnahmen durch steuerliche Fördermaßnahmen, ergeben sich für 1995 Leistungen von rd. 160 Mrd. DM und für den Zeitraum 1991 bis 1995 von mehr als 780 Mrd. DM. Die Transferleistungen der öffentlichen Haushalte erreichen eine Größenordnung von jährlich rd. 5 % des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts.

III. Mittelfristige Politik für den Aufbau Ost

Der Aufbau Ost wird weiter ein Schwerpunkt der deutschen Politik sein. Von ihm hängt auch die wirtschaftliche Stabilität Gesamtdeutschlands ab. Die Bundesregierung wird daher ihre erfolgreiche, wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik für Ostdeutschland konsequent fortsetzen. Zu ihr gibt es keine Alternative. Die wirtschaftspolitische Grundkonzeption findet in Wissenschaft und Öffentlichkeit breite Zustimmung.

Zukunftsorientierte Standortpolitik als Voraussetzung für das notwendige Wachstum in den neuen Ländern

Die wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung für die neuen Länder ist ein wichtiger Teil der Politik zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland. Diese zielt vor allem auf

- die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte,
- die Fortsetzung der Leistung und Investitionen fördernden Reform des Steuersystems,
- die weitere Liberalisierung von Märkten auf nationaler und internationaler Ebene,
- den Umbau der sozialen Sicherungssysteme unter der Maßgabe einer effizienteren Ausgestaltung einschl. der Stärkung der Eigenverantwortung des einzelnen,
- die Umsetzung weiterer Deregulierungs- und Privatisierungsmaßnahmen,
- die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und
- die Stärkung von Technikakzeptanz und Innovationsfähigkeit.

Die Finanzpolitik der Bundesregierung ist konsequent auf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ausgerichtet. Ziel ist, die finanzpolitischen Wachstums- und Beschäftigungsvoraussetzungen wieder auf den Stand vor der Einheit zu bringen. Dazu wurde als zentrales finanzpolitisches Ziel in der Koalitionsvereinbarung vom 11. November 1994 festgelegt, die Staatsquote bis zum Jahr 2000 auf das vor der deutschen Einheit erreichte Niveau von rd. 46 % des BIP zurückzuführen. Die aus dieser Politik strikter Sparsamkeit erwachsenden Handlungsspielräume werden zur gleichzeitigen Rückführung von Defizit und Steuerlast genutzt.

Anpassung der Politik an den Aufbau-Fortschritt

Das Ziel einer schnellen Bewältigung der dreifachen Aufgabe – Transformation des Wirtschaftssystems sowie weitgehender Neuaufbau der Wirtschaft in den neuen Ländern bei gleichzeitiger Übertragung des Systems der sozialen Sicherung – hat in der ersten Phase dazu geführt, daß der Staat ein sehr hohes Maß an wirtschaftspolitischer Verantwortung übernommen hat. Jetzt sind zunehmend die anderen wirtschaftspolitischen Akteure im System der Sozialen Marktwirtschaft gefordert. Die Rolle des Staates muß allmählich zurückgeführt werden. Nur so können für jeden Bürger und Unternehmer Gestaltungsspielräume erweitert werden, die es ermöglichen, in eigener Verantwortung und mit eigener Leistung voranzukommen.

Die Einzelmaßnahmen der Politik für den Aufschwung Ost werden kontinuierlich überprüft und an die sich verändernden Bedingungen und erreichten Fortschritte angepaßt. Der Bundesminister für Wirtschaft hat zur Beratung über den Aufbau Ost einen hochrangigen Kreis von Persönlichkeiten aus Ost- und Westdeutschland zusammengerufen. Er hat erstmals am 16. September 1995 getagt und die Grundlinien dieses Berichts erörtert. Die Bundesregierung geht davon aus, daß auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) zu Stand und Perspektiven des Aufbaus Ost in geeigneter Weise Stellung nehmen wird. Die Bundesregierung wird sich darüber hinaus auch weiterhin intensiv durch Regionalkonferenzen und Gespräche vor Ort um die Lösung von Problemen gemeinsam mit Ländern und Kommunen bemühen.

Kontinuierliche Anpassung der Förderung bedeutet für die Bundesregierung auch die Erhöhung von Transparenz und Effizienz des Instrumentariums.

Schon jetzt machen die fünf Maßnahmen Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", Investitionszulage, Sonderabschreibungen, zinsgünstige Kredite (vor allem ERP) sowie die Eigenkapitalhilfe (EKH) rd. 90% des Fördervolumens des Bundes aus. Unter Federführung des Bundesministers für Wirtschaft werden vor allem Vorschläge für die Verbesserung der Benutzerfreundlichkeit von Mittelstandsförderprogrammen vorgelegt. Parallel dazu werden in einer Arbeitsgruppe der Ministerpräsidenten der Länder unter Beteiligung des Bundes die Förderprogramme intensiv durchforstet. In beiden Fällen gilt der Vermeidung von Doppelförderungen durch Bund und Länder besonderes Augenmerk.

Die Bundesregierung hat im Frühjahr 1995 die Verwendung von Fördergeldern in den neuen Ländern umfassend geprüft und festgestellt, daß sie abgesehen von Einzelfällen wirksam eingesetzt wurden und einen entscheidenden Beitrag für den Aufbau in den neuen Ländern geleistet haben. Die kontinuierliche Überprüfung des sachgerechten Einsatzes der Fördermittel kann nur eine Daueraufgabe aller mittelvergebenden Stellen sein, d. h. Europäische Union, Bund, Länder und Kommunen.

Die Bundesregierung sieht bisher keine ernsthafte Gefahr einer sich verbreitenden Subventionsmentalität in den neuen Ländern. Gleichwohl gilt es, entsprechenden Ansätzen von Anfang an entgegenzuwirken. Ein effizientes Mittel hierzu ist die Konzentration der Fördermaßnahmen auf die Bereiche der Wirtschaft und auf die Regionen, die mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Dies bedeutet auch eine schrittweise Rückführung der Transfers insgesamt. Damit ist auch der Weg zu mehr marktwirtschaftlicher Normalität eingeschlagen. Das derzeitige Ausmaß der finanziellen Unterstützung für den Aufbau Ost kann kein Dauerzustand sein. Ziel ist, daß sich Wirtschaft und Unternehmen nach einer begrenzten Zahl von Jahren aus eigener Kraft am Markt behaupten können. Ein zu schneller Abbau würde die Erreichung dieses Ziels allerdings in Frage stellen. Er wäre kontraproduktiv. Nur rund 30% der Transfers fließen direkt in die Infrastruktur und die Förderung von Investitionen. Rund 70% sind Transfers als Zuweisungen für Länder und Gemeinden sowie im Sozialbereich. Diese Transfers müssen vor allem durch die verbesserte Leistungskraft der ostdeutschen Wirtschaft, erhöhte Steuereinnahmen und Einkommen zurückgeführt werden. Voraussetzung dafür ist eine dynamische Investitionstätigkeit.

Unternehmen in Schwierigkeiten

Im Zuge des Strukturwandels haben zahlreiche Unternehmen Schwierigkeiten, den Anforderungen des Wettbewerbs gerecht zu werden. Teilweise sind gravierende Managementdefizite die Ursache. In diesen Fällen sind vor allem die Eigentümer gefordert, ihrer Verantwortung für die Unternehmen gerecht zu werden. Auch die Kreditinstitute müssen ihren Beitrag leisten. Soweit diese Unternehmen über ein tragfähiges Konzept verfügen, sind Bund und Länder bereit, mit den zur Verfügung stehenden Instrumenten wie z. B. Bürgschaften diese Unternehmen vorübergehend zu stützen. Einen wesentlichen Beitrag leistet der Ende 1994 aufgelegte Konsolidierungsfonds der Treuhandanstalt in Höhe von 500 Mio. DM, den die Länder um 250 Mio. DM aus eigenen Mitteln aufgestockt haben.

In erster Linie sind nach der verfassungsmäßigen Ordnung die Länder mit ihrer Verantwortung für die regionale Wirtschaftsentwicklung gefordert. Die Bundesregierung ist aber bereit, insbesondere im Hinblick auf die weiterhin schwierige Lage der Industrie, die Länder hierbei zu begleiten. Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) wird für privatisierte Firmen im Rahmen der Richtlinien für das Vertragsmanagement ihren Beitrag leisten, daß die mit dem Privatisierungsvertrag verfolgten Ziele entsprechend dem weitergeltenden Treuhandgesetz auch tatsächlich erreicht werden. Eine Übernahme dieser Unternehmen in staatliche Verantwortung, z. B. durch regionale Beteiligungs- bzw. Managementgesellschaften, ist kein geeigneter Ansatz zur Lösung von Unternehmensproblemen. Das Ausscheiden von Unternehmen aus dem Markt, die sich trotz dieser Unterstützung nicht behaupten können, muß hingenommen werden.

Vermögensverteilung

Die Vermögensverteilung zwischen ost- und westdeutschen Haushalten ist ungleich. Das durchschnittliche Geldvermögen je Einwohner (incl. Aktien) lag Ende 1993 bei 56 000 DM in den alten Ländern und bei 14 000 DM in den neuen Ländern. Der deutliche Unterschied ist darauf zurückzuführen, daß der Sparprozeß in den neuen Ländern gerade erst in Gang gekommen ist. Allerdings entwickeln sich die Geldvermögen im Osten dynamischer als im Westen. So wurden die Geldvermögen in den alten Ländern im Jahre 1993 um 6,1% aufgestockt, in Ostdeutschland hingegen um 17%. Obwohl sich die Vermögensbildung in erster Linie über die stärkere wirtschaftliche Dynamik in den neuen Ländern lösen muß, können Anreize von einem wirksamen Einsatz eines vermögenspolitischen Instrumentariums ausgehen, das den besonderen Bedingungen in den neuen Ländern Rechnung trägt. Bei dem für die Vermögensbildung besonders wichtigen Eigenheimbau werden für die neuen Länder spezielle Bürgschaftsmöglichkeiten eröffnet. Die Bundesregierung prüft derzeit weitere vermögenspolitische Initiativen mit den Tarifpartnern.

Länder und Kommunen

Länder und Kommunen müssen ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Verpflichtungen noch stärker als bisher Rechnung tragen. Den neuen Ländern sind durch die Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs ab 1995 Ausgaben von knapp 120% und Investitionen von etwa 180% des Westniveaus möglich, so daß die Länder Fördermaßnahmen, für die sie originär zuständig sind, verstärkt selbst übernehmen müssen. Unabhängig davon muß dem Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur Priorität eingeräumt werden. Hier müssen noch über viele Jahre beträchtliche Investitionen getätigt werden. Auf einen verbesserten Verwaltungsvollzug u. a. bei der

Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen sowie auf beschleunigte Verfahren bei der Klärung offener Vermögensfragen und Genehmigungsverfahren ist aller Nachdruck zu legen.

Tarifpartner

Besondere Verantwortung für die Lage am Arbeitsmarkt haben die Tarifpartner. Die Politik der Tarifvertragspartner in den neuen Ländern war von Anfang an von dem Ziel der Übertragung westdeutscher Tarifstrukturen einschließlich einer möglichst raschen Angleichung an das westdeutsche Tarifniveau geprägt. Sie ist damit auf der einen Seite dem verständlichen Wunsch der Menschen in den neuen Ländern nach einer schnellen Einkommensangleichung nachgekommen. Auf der anderen Seite muß man sehen, daß ein sinkender, aber nach wie vor hoher Abstand zwischen Löhnen und Produktivität besteht. Zwar wurden in einer Reihe von Fällen vor Ort Betriebsvereinbarungen getroffen, die den Markterfordernissen Rechnung tragen. Insgesamt erreichten aber die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten in den neuen Ländern 1994 69% des westdeutschen Niveaus, während die gesamtwirtschaftliche Produktivität 52% des westdeutschen Wertes ausmacht. Dies bedeutet, daß durchschnittlich – bei sehr starker Differenzierung im einzelnen – die Lohnstückkosten in Ostdeutschland auch 1994 noch immer um 37% höher lagen als in den alten Ländern. Dies ist eine schwere Last für viele Unternehmen.

Gerade in Ostdeutschland ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Betrieb zu Betrieb und von Branche zu Branche sehr unterschiedlich. Folge ist häufig, daß Firmen sich von der Lohnfindung über Flächentarifverträge abkoppeln. Diese Entwicklung führt zwar zu einer Entlastung der Unternehmen und sichert Arbeitsplätze. Sie ist aber auf Dauer kein gleichwertiger Ersatz für eine flexible und mehr beschäftigungsorientierte Tarifpolitik.

1. Mittelfristige Konzeption der Investitionsförderung: Konzentration auf industriellen Mittelstand und Existenzgründungen

Die Bundesregierung verfolgt beim Aufbau Ost eine mittelfristige Konzeption, um den Unternehmen und Investoren sichere Rahmenbedingungen zu geben. Im Rahmen des Jahreswirtschaftsberichts 1995 und des Jahressteuergesetzes 1996 wurden die zentralen Maßnahmen der Investitions- und Existenzgründungsförderung bis Ende 1998 festgelegt. Eine längerfristige Festlegung wäre angesichts der dynamischen Entwicklung in Ostdeutschland nicht sinnvoll. Die Entscheidung darüber, welche Hilfen nach 1998 noch weiter notwendig sind, wird die Bundesregierung in der zweiten Hälfte dieser Legislaturperiode treffen.

Die Förderung wird auf die noch bestehenden Problembereiche, vor allem Industrie und Mittelstand konzentriert. Die Industrie steht im besonders intensiven überregionalen Wettbewerb. Ihr kommt eine Schlüsselrolle bei der Schaffung von Arbeitsplätzen zu. Der Anteil des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes an der gesamtdeutschen industriellen Bruttowertschöpfung betrug 1994 lediglich 6% (BIP-Anteil Ost: 10,4%, Bevölkerungsanteil Ost: 19,1%). Zwar kann in einer dynamischen, dem Strukturwandel unterliegenden, regional differenzierten modernen Wirtschaft der Bevölkerungsanteil nicht Referenzgröße für die Größe der industriellen Basis sein. Aber die Tatsache, daß die westdeutsche Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe pro Einwohner etwa dreimal so hoch ist wie in Ostdeutschland, zeigt deutlich den vorhandenen Nachholbedarf.

Das mittelfristige Konzept bedeutet im Vergleich zur bisherigen Förderung eine deutliche Zurückführung. So werden im steuerlichen Bereich für die Jahre 1997 und 1998 zusammen etwa 15 Mrd. DM im Vergleich zu einer unveränderten Fortführung der Fördermaßnahmen eingespart. Der Bewilligungsrahmen (finanziert durch Bund, Länder, Europäische Union) der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GA) wird 1996 von rund 10 Mrd. DM auf 7 Mrd. DM gesenkt.

Steuerliche Förderung

- Die steuerfreie 5%ige Investitionszulage wird 1997/1998 auf das verarbeitende Gewerbe beschränkt. Zusammen mit den Sonderabschreibungen (40%) für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und selbstgenutzte gewerbliche Bauten des verarbeitenden Gewerbes verbleibt ein deutlicher Investitionsanreiz für die in- und ausländische Industrie.
- Für das mittelständische verarbeitende Gewerbe und das Handwerk wird als Präferenz die steuerfreie Investitionszulage von 10% für 1997/1998 verlängert. Die Sonderabschreibungen können im gleichen Umfang genutzt werden wie in der Industrie.
- Für den Mietwohnungsneubau gilt ab 1997 ein Sonderabschreibungssatz von 25%.
- Zur Verbesserung der Situation des mittelständischen Handels in den Innenstädten, der durch die Einkaufszentren in den Stadtrandlagen besonders betroffen ist, wird von 1996 bis 1998 eine 10%ige Investitionszulage gewährt. Gleichzeitig werden die Sonderabschreibungen für Bauten außerhalb des verarbeitenden Gewerbes, d. h. auch für Einkaufszentren auf 20% gesenkt.
- Die Vermögensteuer wird bis Ende 1998 in Ostdeutschland nicht erhoben.
- Es ist die erklärte Absicht der Bundesregierung, die Gewerbekapitalsteuer in ganz Deutschland abzuschaffen. Dies ist zugleich die Voraussetzung dafür, daß diese Steuer in Ostdeutschland auch in Zukunft nicht erhoben wird. Die parlamentarische Entscheidung über den Beschluß der Bundesregierung, die Gewerbekapitalsteuer in ganz Deutschland ab 1996 abzuschaffen, wird im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform im weiteren Verlauf dieses Jahres getroffen.

Stärkere regionale Differenzierung innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe

Die regionale Differenzierung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GA) wird verstärkt. Das Fördergefälle – auch zwischen ost- und westdeutschen Regionen – wird 1996 nach dem Beschluß des Bund-Länder-Planungsausschusses neu festgelegt. Gleichzeitig wird auch dieses Förderinstrument den mittelfristigen Zielen angepaßt:

- Investitionsvorhaben kleiner und mittlerer Unternehmen in den neuen Ländern können nun mit bis zu 50 % der förderfähigen Kosten unterstützt werden. Damit wird vor allem eine stärkere Förderung des industriellen Mittelstandes und des produzierenden Handwerks möglich.
- Die Fördermöglichkeiten der Gemeinschaftsaufgabe werden um nicht-investitive Fördertatbestände erweitert, durch die die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft von kleinen und mittleren Unternehmen gestärkt werden soll. GA-Mittel können zur Verstärkung von Programmen der Länder in den Bereichen Beratung und Managementhilfen, Schulung, Humankapital und Forschung und Entwicklung eingesetzt werden.
- Die Infrastrukturförderung wird flexibilisiert. Wichtig ist vor allem, daß Betriebe, die nicht überregional ausgerichtet sind, die GA-geförderten Infrastruktureinrichtungen nun verstärkt nutzen können.

Stärkung der Eigenkapitalbasis

Eines der derzeit wichtigsten Probleme ist die Eigenkapitalschwäche vieler ostdeutscher Unternehmen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (DIW) hat bei einer Befragung von 2 800 ostdeutschen Industrieunternehmen im Frühjahr 1995 ermittelt, daß lediglich 14 % der Unternehmen im Jahr 1994 einen Gewinn erzielten; ein Ergebnis, das durch eine Untersuchung der Deutschen Bundesbank zur „Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse ostdeutscher Unternehmen im Jahre 1993" bestätigt wird. Neben der noch nicht bewältigten Strukturanpassung ist eine zu schwache Eigenkapitalbasis ein Hindernis auch für die Expansion erfolgreicher Unternehmen.

Zur notwendigen Stärkung der Eigenkapitalbasis im Mittelstand stehen in den neuen Ländern weiter eine Reihe von Instrumenten zur Verfügung – neben der allgemeinen Investitionsförderung – in erster Linie das Eigenkapitalhilfe-Programm (EKH) einschließlich des Partnerschaftsprogramms. Das EKH-Programm wird überdies ergänzt durch das ERP-Beteiligungsprogramm, Beteiligungs- und Konsolidierungsprogramme der Länder sowie Hilfen zur Sicherung der Liquidität.

Dies reicht nicht aus. Mit dem Ziel, Produktionskapital für Unternehmen der neuen Länder stärker zu mobilisieren, werden mit dem Jahressteuergesetz 1996 eingeführt:

- Steuerliche Freistellung der Veräußerungsgewinne von Beteiligungen von 1996 bis 1998, wenn Gewinne umgehend in Beteiligungen bzw. beteiligungsähnliche Darlehen an mittelständische Unternehmen in den neuen Ländern fließen.
- Es wird ein Beteiligungsfonds Ost aufgelegt. Er wird über eine Vorfinanzierung der durchführenden Banken seine Tätigkeit bereits im Herbst 1995 aufnehmen. Von 1996–1998 werden den mittelständischen Unternehmen jährlich 500 Mio. DM langfristiges Eigenkapital bzw. nachrangige Darlehen zur Verfügung gestellt. Die Fördermittel werden über einen Steueranreiz eingeworben (12 % des Anlagebetrags können von der Einkommensteuerschuld abgezogen werden) und über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Deutsche Ausgleichsbank (DtA) ausgereicht. Die KfW stellt die Fördermittel zinsgünstig und mit einer 50%igen Haftungsfreistellung versehen allen Beteiligungsgebern zur Verfügung, die sich an mittelständischen Unternehmen beteiligen. Die DtA vergibt die Mittel in Form von nachrangig haftenden Darlehen an mittelständische Unternehmen zur Finanzierung von sog. weichen Investitionen, z. B. Marketing-Strategien, Management-Know-how und Weiterbildungsmaßnahmen. Voraussetzung ist, daß die Hausbank 40 % des Gesamtdarlehens übernimmt (DtA 60 %).
- Erhöhung der Umsatzgrenze, bis zu der Unternehmen ihre Umsatzsteuer erst dann abführen müssen, wenn das Entgelt tatsächlich vereinnahmt ist, von 250 TDM auf 1 Mio. DM von 1996 bis 1998.

Stärkung der Absatzfähigkeit

Trotz großer Fortschritte haben viele Unternehmen Schwierigkeiten vor allem beim überregionalen Absatz. Neben den notwendigen Eigenanstrengungen stehen den Unternehmen eine Reihe von Hilfen zur Verfügung.

Unter dem Leitmotiv „Aufträge statt Subventionen" haben namhafte westdeutsche Unternehmen in der „Einkaufsoffensive Neue Bundesländer" ostdeutschen Herstellern seit Ende 1992 konkrete Hilfestellung bei der Aufnahme von Geschäftsbeziehungen geleistet. Die westdeutsche Wirtschaft ist aufgefordert, diese Anstrengungen fortzusetzen und wo möglich zu verstärken. Durch Einbeziehung in die Zuliefernetze der westdeutschen Industrie und Präsenz bei westdeutschen Handelsunternehmen wird den ostdeutschen Herstellern am wirkungsvollsten der Weg auf westliche Märkte geebnet.

Die Bundesregierung wird weiterhin darauf achten, daß ostdeutsche Unternehmen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen des Bundes angemessen berücksichtigt werden. Zunehmend hat sich herausgestellt, daß die Präferenzregeln, die 1993 für zwei Jahre verlängert wurden (Eintrittsrecht, Mehrpreisgewährung für mittelständische Unternehmen), kaum mehr zum Tragen kommen. Der wesentliche Teil der Aufträge geht allein durch die Wirtschaftlichkeit der Angebote an ostdeutsche Bieter. Daher wird 1996 – auch entsprechend der Vorgaben der EU – lediglich die Verpflichtung zur Einschaltung der Auftragsberatungsstellen der neuen Länder und Berlins (sog. Zubenennungserlaß) fortgesetzt. Die Unterneh-

men werden aufgefordert, vor allem auch die sich jetzt bietenden Chancen des Baubooms in den neuen Ländern zu nutzen.

Der Export aus den neuen Ländern ist – mit knapp 2% an den gesamtdeutschen Exporten – noch weit unterproportional. Allerdings ist seit 1994 eine deutliche Zunahme des Anteils der industrialisierten westlichen Länder am ostdeutschen Außenhandel festzustellen. Durch die Förderung von Investitionen, Kapital- und Liquiditätshilfen, Forschungsförderung und die Verbesserung der Infrastruktur werden Voraussetzungen für Absatzerfolge geschaffen. Ergänzend wird jedoch direkt an den Vermarktungsproblemen angesetzt:

- Noch stärkere Einbeziehung ostdeutscher Unternehmen in die bewährte Außenwirtschaftsförderung durch die Botschaften, Auslandshandelskammern und der Bundesanstalt für Außenhandelsinformation,
- Verlängerung der Sonderförderung zur Beteiligung ostdeutscher Unternehmen an Messen und Ausstellungen im In- und Ausland,
- Verlängerung der Durchführung von Vermarktungsprojekten auf ausgewählten Auslandsmärkten durch die Auslandshandelskammern.

Die Exportanstrengungen ostdeutscher Unternehmen auf Märkten außerhalb der GUS, insbesondere in Lateinamerika und Südostasien werden wie bisher durch eine flexible Hermes-Politik unterstützt. Die Übernahme von Hermes-Deckungen für GUS-Geschäfte ist trotz der stark zurückgegangenen Abhängigkeit von den GUS-Märkten noch für viele Unternehmen von großer Bedeutung. Die GUS-Hermes-Politik, die wegen der besonderen Lage in den neuen Ländern bereits in den vergangenen Jahren den Schwerpunkt auf die Förderung ostdeutscher Unternehmen gelegt hat, wird daher auch 1996 dieser Linie folgen.

Managementhilfe

Eigenkapital- und Liquiditätsprobleme sind häufig nicht allein Grund für Schwierigkeiten ostdeutscher Unternehmen. Wichtig sind auch Managementdefizite, vor allem in Bereichen wie Marketing, Kostenrechnung oder Controlling, die in der DDR keine Rolle spielten. Liquiditäts- und Eigenkapitalhilfen sollten hier von einer möglichst konkreten Beratung bis hin zu einer längerfristigen Managementunterstützung flankiert werden.

Neben Informations-, Schulungs- und Beratungsprogrammen steht mit der EKH-Partnerschaftsvariante ein Instrument zur Verfügung, das über die Beteiligung eines kompetenten Unternehmers die Zuführung von Kapital mit konkretem Management-Know-how verknüpft. Der neue Beteiligungsfonds Ost mit einem jährlichen Gesamtplafonds von bis zu 500 Mio. DM steht auch für „weiche" Investitionen wie z. B. Managementverstärkung zur Verfügung. Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) kann im Rahmen des Vertragsmanagements in geeigneten Fällen für eine Managementunterstützung der privatisierten ehemaligen Treuhandunternehmen sorgen. Bund und Länder führen Gespräche mit dem Ziel, Unternehmen verstärkt über Länderprogramme konkrete Managementhilfe im Unternehmen selbst (Coaching) zur Verfügung zu stellen.

Neben der öffentlichen Hand sind aber auch die anderen Beteiligten, vor allem die Kreditinstitute und die Verbände der Wirtschaft gefordert, die begleitende Beratung der Unternehmen zu verstärken. Die Kreditinstitute sollten hier mehr als bisher eine besondere Betreuungspflicht für Kreditnehmer in Schwierigkeiten übernehmen und sanierungsfähige Unternehmen auch im Bereich Management begleiten. Auch die Industrie- und Handelskammern sollten ihr Angebot an berufsbegleitenden Management-Qualifizierungsprogrammen verstärken.

2. Aufgaben der Treuhand-Nachfolgegesellschaften

- Beim Vertragsmanagement sind die Erfüllung der ca. 34 000 Privatisierungsverträge sicherzustellen und die vertraglichen Pflichten der Investoren zu überwachen und durchzusetzen. Das Vertragsmanagement wird auch künftig die Möglichkeit zur flexiblen Reaktion auf die Besonderheiten des einzelnen (Re-)Privatisierungsfalls haben. Es muß sichergestellt werden, daß der zur Erfüllung des Auftrags der BvS erforderliche Entscheidungsspielraum besteht und nach den gesetzlichen Vorgaben genutzt wird. Insbesondere werden MBO-Unternehmen, vor allem die des verarbeitenden Gewerbes, die notwendige Unterstützung bekommen.
- Bei der Reprivatisierung sind noch ca. 6 000 unternehmensbezogene Anträge zu bearbeiten. Reprivatisierte Unternehmen sollen auch künftig die Hilfen erfahren, die bisher bei hoher Altschuldenbelastung und zur Gleichstellung mit Privatisierern gewährt worden sind.
- Die Anfang 1995 noch 50 in Management KGen zusammengefaßten Unternehmen werden bis Mitte, spätestens bis Ende 1996 weitestgehend privatisiert sein. Nicht sanierungs- und privatisierungsfähige Unternehmen müssen stillgelegt werden, wobei für die Beschäftigten sozialverträgliche Lösungen angestrebt werden. Bei den drei Auslaufgesellschaften des Bergbaus, des Braunkohletagebaus und kerntechnischer Anlagen stehen Maßnahmen zur bergwerks- und atomrechtlichen Stillegung im Vordergrund. Soweit möglich, sollten auch hier Privatisierungslösungen angestrebt werden.
- Neben der investitionsfreundlichen wirtschaftlichen Verwertung von Grundstücken entwickelt die Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft (TLG) nach vorheriger Abstimmung mit den Ländern ein zielgruppenspezifisches Angebot, das für Investoren geeignete Flächen mittelstandsgerecht aufbereitet (geeignete Parzellierung, baurechtliche Voraussetzungen usw.) und zu günstigen Konditionen bereitstellt. Dabei ist auf Angebotskonkurrenzen

mit anderen Anbietern zu achten und die Zuführung stets neuer Flächen in das Angebotskontingent sicherzustellen.

3. Infrastruktur und spezielle Wirtschaftsbereiche

Eine moderne Infrastruktur ist eine der wichtigsten Rahmenbedingungen für Investoren in den neuen Ländern. Ihr Ausbau hat deshalb weiter vorrangige Bedeutung und wird mit allem Nachdruck vorangetrieben.

3.1 Verkehr

Für die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Bundesländer und die Mobilität ihrer Bürger bleibt der Aufbau eines modernen und leistungsfähigen Verkehrssystems eine unverzichtbare politische Aufgabe. Kernstück für das weitere Zusammenwachsen der alten und der neuen Länder sind die von der Bundesregierung im April 1991 beschlossenen „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit" (VDE).

Mit einem Investitionsvolumen von rd. 67,5 Mrd. DM sollen neun Schienen-, sieben Straßen- und ein Wasserstraßenvorhaben verwirklicht werden. Die Planungen sind in allen Abschnitten in vollem Gange. Bis Ende 1994 wurde bereits rd. 12,0 Mrd. DM investiert, davon über 80 % für die Schienenprojekte. Ziel der Bundesregierung ist es, die „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit" bis Anfang des nächsten Jahrzehnts in ihren wesentlichen Teilen fertigzustellen. Die Bundesregierung wird dafür die notwendigen Finanzmittel bereitstellen. Länder und Kommunen sind gefordert, die erforderlichen Genehmigungsverfahren zügig durchzuführen.

3.2 Telekommunikation

Das von der Deutschen Bundespost TELEKOM (jetzt Deutsche Telekom AG) 1990 eingeleitete Aufbauprogramm „Telekom 2000" zur beschleunigten Modernisierung und Erweiterung des veralteten Telefonnetzes der ehemaligen DDR umfaßt bis zum Jahre 1997 ein Investitionsvolumen von rd. 60 Mrd. DM. Die Deutsche Telekom AG ist mit diesem Aufbauprogramm der größte Einzelinvestor in den neuen Ländern.

Über die bisher erzielten beträchtlichen Aufbauerfolge hinaus werden die Telekommunikationsinfrastrukturen in den neuen Ländern mit hohem Tempo weiter erneuert und ausgebaut. Bis Ende 1997 soll das gesamte Telefonnetz auf Weststandard gebracht sein, ca. 95 % aller Haushalte werden dann einen Telefonanschluß haben. Zur Erneuerung des veralteten analogen Netzes der DDR wird ein hochmodernes digitales Telekommunikationsnetz erstellt. Bis Ende 1997 wird das gesamte Netz digitalisiert sein. Zusätzlich zum Programm der Telekom AG wird die Infrastruktur im Bereich der Telekommunikation durch Aktivitäten von privaten Unternehmen z. B. im Mobilfunk und in der Satellitenkommunikation entscheidend verbessert.

Die neuen Länder werden 1997 über eine modernere Telekommunikationsinfrastruktur verfügen als die alten Länder. Der Ausbau des Fernliniennetzes erfolgt beispielsweise in der zukunftsorientierten, leistungsfähigen Glasfasertechnik, die seit 1993 auch für Hausanschlüsse verwendet wird.

3.3 Wohnungs- und Städtebau

Die Überführung der staatlichen Wohnungswirtschaft der DDR in marktorientierte Strukturen ist gut vorangekommen. Wichtige gesetzliche Maßnahmen hierzu sind das Investitions- und Wohnbaulandgesetz, das Altschuldenhilfegesetz, das Mietenüberleitungsgesetz, das Wohngeldsondergesetz sowie die kürzlich von der Bundesregierung beschlossene Neuregelung der Wohneigentumsförderung mit dem Ziel, einem möglichst großen Personenkreis die Wohneigentumsbildung zu ermöglichen. Trotz dieser Bemühungen und trotz eines kräftigen Anstiegs des Wohnungsbaus ist es noch ein weiter Weg bis zur Angleichung der Wohnungsverhältnisse zwischen alten und neuen Ländern (z. B. Wohneigentumsquote in Westdeutschland 40 %, in Ostdeutschland 25 %).

- Die Privatisierungsbemühungen nach dem Altschuldenhilfegesetz werden konsequent fortgesetzt. Durch die Erfüllung der Privatisierungsverpflichtungen aus dem Altschuldengesetz sollen bis zum Jahr 2003 etwa 350 000 Wohnungen in den neuen Ländern privatisiert werden. Über 40 000 Haushalten wurde bisher durch öffentliche Zuschüsse der Kauf der eigenen Wohnung trotz teilweise geringer Kapitalausstattung ermöglicht. Für 1995 stehen hierfür von Seiten des Bundes wiederum 50 Mio. DM zur Verfügung.
- Durch die beschlossene Umstellung der Förderung nach § 10e EStG auf eine steuerliche Bauzulage werden die Bürger in den neuen Ländern zukünftig deutlich besser gefördert, da die Umstellung insbesondere bei Beziehern unterer und mittlerer Einkommen stärker wirkt als die bisherige Förderung. Hinzu kommt, daß die Bauzulage um eine spezielle Fördermaßnahme für die neuen Länder ergänzt wird. Bürgschaften können gewährt werden, wenn die Gesamtfinanzierung unter Berücksichtigung des jeweiligen Eigenkapitals gesichert ist. Die Bauzulage wird bei Neubauten 5 000 DM, bei Altbauten 2 200 DM jährlich betragen. Zusätzlich wird eine Kinderzulage von 1 500 DM gezahlt.
- Zur Verbesserung der Wohnungssituation und zur Verstetigung der hohen Dynamik des Wohnungsbaus in den neuen Ländern wird der sozialverträgliche Übergang in das Vergleichsmietensystem weiter vorangetrieben.
- Der soziale Wohnungsbau wird auch weiterhin unterstützt. Für 1996 und die Folgejahre sind jährlich 900 Mio. DM vorgesehen.
- Die Wohngeldregelung wird zielgerecht weiterentwickelt. Die Bundesregierung wird sicherstellen, daß das Wohngeld für alte und neue Länder vereinheitlicht wird, seine soziale Ausgleichsfunktion erhalten bleibt und das Wohngeld familien-

freundlich an die Einkommens- und Mietentwicklung der letzten Jahre angepaßt wird.

- Im Bereich des Städtebaus soll nach wie vor der Schwerpunkt der Förderung durch die Städtebauförderungsmittel in den neuen Ländern liegen. Das Programm der städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen des Bundes wird auch in den nächsten Jahren nach dem Vorbild der alten Länder fortgeführt. Für die Städtebauförderung stehen im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung 1995 620 Mio. DM zur Verfügung, ab 1996 jährlich 520 Mio. DM.
- Von besonderer Bedeutung für die neuen Länder sind von der Bundesregierung angestrebte Maßnahmen, die zu einer Kostensenkung im Wohnungsbau führen. Die Kostensenkungsinitiative der Bundesregierung dient der Erweiterung eines preisgünstigen Wohnangebots, der Erleichterung der Wohneigentumsbildung, einem effizienten Einsatz öffentlicher Mittel sowie der Verstetigung der gesamten Wohnungsbautätigkeit gerade auch in Ostdeutschland. Dieser Effekt wird auch durch die Wohnbaulandinitiative der Bundesregierung gefördert. Zur Ausweitung des Baulandangebots hat in besonderem Maße die Grundstücksmobilisierung durch die Veräußerung von ehemals militärisch genutztem Gelände durch die Bundesvermögensverwaltung beigetragen. Dazu gehört auch die unentgeltliche Übertragung von rd. 118 000 ha und fast 20 000 Wohnungen, die früher zu Militärzwecken genutzt wurden, aus Bundeseigentum auf die neuen Länder.

3.4 Bundeswehr

Die Sanierung und der Ausbau der Infrastruktureinrichtungen der Bundeswehr in den neuen Ländern sind Aufgabenschwerpunkte. Vordringliche Ziele sind die weitere Verbesserung der Wohnsituationen in den Kasernen sowie bauliche Maßnahmen in den technischen Bereichen zur Herstellung der vollen Funktionsfähigkeit. Das Gesamtvolumen für Baumaßnahmen ab 1995 wird voraussichtlich rund 12,4 Mrd. DM betragen. Für eine kontinuierliche Weiterführung der geplanten und der bereits eingeleiteten Baumaßnahmen einschließlich der Bauunterhaltung stehen jährlich 1 Mrd. DM zur Verfügung.

Für die Sanierung von Altlastenverdachtsflächen und die Beseitigung von Munition und Blindgängern auf Bundeswehr-Liegenschaften werden auf längere Zeit jährlich ca. 200 Mio. DM aufgewendet werden müssen. In diesem Zusammenhang werden auch Belange des Umweltschutzes berücksichtigt.

3.5 Energie und Rohstoffe

Seit der Vereinigung Deutschlands konnten die monostrukturierten, ökonomisch und ökologisch ineffizienten DDR-Energiekombinate in eine moderne Energiewirtschaft umstrukturiert werden. Die zügige Privatisierung durch die Treuhandanstalt sowie der schnelle Abbau der hohen Energiesubventionen waren besonders wichtige Schritte. Nun kommt es vorrangig darauf an, daß die Unternehmen des Energiesektors mit privatem Engagement die Weiterentwicklung einer leistungsfähigen Energiewirtschaft vorantreiben. Schwerpunkte sind dabei:

- Die ostdeutsche Braunkohle, die in der Grundlaststromerzeugung ein wettbewerbsfähiger Energieträger ist, befindet sich nach dem Abschluß der Privatisierung 1994 weiterhin in einem Anpassungsprozeß. Die Belegschaft muß aus Rationalisierungsgründen weiter zurückgeführt werden. Abgefedert wird dieser Prozeß durch die Braunkohle-Altlastensanierung, in der ca. 17 000 Arbeitnehmer beschäftigt sind. Die öffentliche Hand stellt bis 1997 jährlich bis zu 1,5 Mrd. DM bereit, um diese Umweltschäden zu beseitigen. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, daß dieser Sanierungsprozeß über 1997 hinaus gesichert und die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Braunkohle nicht gefährdet wird.
- In der Stromwirtschaft ist die Privatisierung auf der Grundlage des Stromvertrags und des Stromvergleiches weit vorangeschritten. Die Investitionsvorhaben zur Modernisierung der Stromwirtschaft werden zügig umgesetzt, insbesondere die Nachrüstung und der Neubau von Kraftwerken. Insgesamt sind bis 1999 in der öffentlichen Elektrizitätsversorgung der neuen Länder Investitionen von über 20 Mrd. DM vorgesehen. Wichtig ist jetzt vor allem, wettbewerbsfähige Strompreise als zentralen Standortfaktor für die Industrie zu sichern. Dies macht besondere Anstrengungen der Stromversorgungsunternehmen auf allen Stufen sowie der Länderaufsicht erforderlich. Die Energieversorgungsunternehmen sollten entsprechend den im Stromvertrag getroffenen Regelungen dafür Sorge tragen, daß das Strompreisniveau in den neuen Ländern demjenigen in den alten Ländern vergleichbar ist. Hierbei sind alle Möglichkeiten zur Rationalisierung und Kostensenkung einschließlich des jetzt hergestellten Stromverbundes zu nutzen.
- In nur viereinhalb Jahren wurde das gesamte ostdeutsche Leitungsnetz auf die Erfordernisse einer modernen Erdgasversorgung umgestellt und an das westdeutsche Verbundsystem angeschlossen. Die Gasunternehmen in den neuen Ländern haben hierfür über 10 Mrd. DM aufgewandt. Die Unternehmen der Erdgaswirtschaft planen für den weiteren Ausbau des Erdgas-Versorgungssystems Investitionen von weiteren 10 Mrd. DM bis zum Jahr 2000.
- Nach Erteilung von Teilstillegungsgenehmigungen ist auch im kontaminierten Bereich mit dem Rückbau der Kernkraftwerke in Greifswald und Rheinsberg begonnen worden. Für die Aufnahme der abgebrannten Brennelemente und der radioaktiven Reststoffe befindet sich das Zwischenlager Nord in Bau. Der Bund finanziert die Stillegung mit rd. 5,4 Mrd. DM.
- Bei den sonstigen mineralischen Rohstoffen (vor allem Kies, Sand, Kalkstein) ist die Bundesregierung bestrebt, die bisher im Interesse des schnellen Wiederaufbaus erfolgte Zuordnung der Baurohstoffe zu den sog. bergfreien – d. h. nicht dem Grundeigentümer gehörenden Bodenschätzen –

an die Rechtslage in den alten Ländern anzugleichen.

3.6 Agrarpolitik

Der Aufbau einer leistungsfähigen, umweltverträglichen Agrarwirtschaft in den neuen Ländern zeigt deutliche Fortschritte. Die Anpassung an die Produktions- und Marktverhältnisse in der Europäischen Union schreitet zügig voran, wobei die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und die GATT-Beschlüsse auch die Agrarwirtschaft der neuen Länder vor große Herausforderungen stellen. Bund, Länder und EU unterstützen den Anpassungs- und Umstrukturierungsprozeß mit umfangreichen finanziellen Mitteln. So hat die Bundesregierung im Agraretat seit 1990 allein rd. 17,2 Mrd. DM für die verschiedensten Maßnahmen veranschlagt.

Besondere Bedeutung bei der Umstrukturierung der Agrarwirtschaft in den neuen Ländern kommt der breiten Streuung an privatem Eigentum und dem unternehmerischen Handeln zu.

Die Bundesregierung hat hierfür die erforderlichen rechtlichen Grundlagen geschaffen. Es liegt nun in der Verantwortung aller Beteiligten, die noch offenen Fragen, beispielsweise bei Vermögensauseinandersetzungen zwischen ausgeschiedenen LPG-Mitgliedern und den LPG-Nachfolgebetrieben, möglichst rasch zu klären.

Mit der Altschuldenregelung hat die Bundesregierung maßgeblich zur Entlastung der LPG-Nachfolgeunternehmen von den Altschulden und zur Stabilisierung der finanziellen Verhältnisse dieser Betriebe beigetragen. Der weitaus überwiegende Teil der Altschulden noch wirtschaftender Unternehmen wurde von dieser Regelung erfaßt. Jedes der rd. 1 400 als sanierungsfähig eingestuften Unternehmen erhielt im Durchschnitt über 1 Mio. DM an öffentlichen Entschuldungsmitteln. In der Regel fallen die gesamten nicht entschuldeten Altschulden in die bilanzielle Entlastung.

Mit dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) wurde u. a. die rechtliche Grundlage für den vergünstigten Erwerb ehemals volkseigener Flächen geschaffen. Diese Flächen, etwa 1,3 Mio. ha landwirtschaftliche Fläche und rd. 770 000 ha Waldfläche, stammen im wesentlichen aus den Enteignungen von 1945 bis 1949. Ein Teil dieser Flächen ist noch nach den Bestimmungen des Einigungsvertrages und des Vermögensgesetzes an die früheren Eigentümer zu restituieren. Die übrigen Flächen stehen für den Flächenerwerb zur Verfügung. Die landwirtschaftlichen Flächen sind zunächst in einem ersten Privatisierungsschritt langfristig verpachtet worden, um den Betrieben eine gesicherte Wirtschaftsbasis für ihre Planung sowie für Kreditaufnahme und Fördermittel zu schaffen. Über die vergünstigten Erwerbsmöglichkeiten sollen Wiedereinrichter, dazu zählen auch Alteigentümer, am 3. Oktober 1990 ortsansässige Neueinrichter und juristische Personen (LPG-Nachfolgebetriebe), die am 1. Oktober 1996 Treuhandflächen langfristig gepachtet haben, Eigentum an Grund und Boden erwerben können, um ihre Existenzgrundlage weiter zu stabilisieren.

Die Mehrzahl der Betriebe, insbesondere die Einzelunternehmen und die Personengesellschaften, erzielen bereits zufriedenstellende Betriebsergebnisse. Schwieriger ist derzeit noch die Situation im Veredelungsbereich. Dort drohen der Agrarwirtschaft in den neuen Ländern weitere Marktanteile und damit Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten verloren zu gehen. Die Bundesregierung hat deshalb durch gezielte Investitionsförderungsprogramme sowie Maßnahmen zur Marktstrukturverbesserung die Voraussetzungen für den Aufbau einer wettbewerbsfähigen Veredelungswirtschaft in den neuen Ländern geschaffen. Nun ist die Landwirtschaft gefordert, durch entsprechende Investitionen diese Möglichkeiten zu nutzen.

Die schwierigste Wegstrecke der Umstrukturierung der Agrarwirtschaft in den neuen Ländern ist zurückgelegt, trotz der weiterhin in einzelnen Bereichen bestehenden Probleme. Wichtige Voraussetzungen für die Unternehmen, im Wettbewerb erfolgreich zu bestehen, sind gegeben. Dafür spricht, daß die Landwirtschaft in den neuen Ländern insbesondere im Ackerbau auch im europäischen Vergleich wettbewerbsfähige Strukturen besitzt. Die Bundesregierung wird den weiteren Anpassungsprozeß auch künftig wirksam unterstützen. Dabei gilt es, der Landwirtschaft in Ost- und Westdeutschland zu ermöglichen, ihre Wettbewerbschancen zu nutzen.

4. Forschung und Bildung

Die Verbesserung der Ausgangsbedingungen in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie in den neuen Ländern behält auch in den kommenden Jahren ihren besonderen Stellenwert in den Planungen, Programmen und im Mittelaufwand seitens der Bundesregierung.

Hochschulen und Wissenschaft

Reorganisation, Ausbau und Erneuerung des Hochschulwesens in den neuen Ländern sind in den wichtigsten Elementen auf den Weg gebracht. In dem von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Hochschulerneuerungsprogramm werden Soforthilfen, u. a. zur personellen Erneuerung der Hochschulen, zur Sicherung des Verbleibens von qualifizierten Wissenschaftlern in den neuen Ländern sowie zur Verstärkung der Investitionen in Wissenschaft und Forschung gewährt. Dafür sind von 1991–1996 insgesamt mehr als 2,4 Mrd. DM (Bundesanteil: 1,82 Mrd. DM = 75 %) verfügbar. In diesem umfassenden Programm ist auch das sogenannte Wissenschaftler-Integrationsprogramm in Höhe von 600 Mio. DM enthalten. Der Sanierungs- und Nachholbedarf der Hochschulen in Ostdeutschland wird außerdem im Rahmen der allgemeinen Hochschulbauförderung besonders berücksichtigt. 1995 wird der Beitrag des Bundes an der Hochschulbauförderung in Ostdeutschland voraussichtlich ca. 475 Mio. DM erreichen. Entsprechend den bisherigen Empfehlungen des Wissenschaftsrates gehen die Ausbau- und Neu-

bauplanungen der neuen Länder von einem Gesamtvolumen von rd. 250 000 Studienplätzen aus.

Im Rahmen der bewährten Strukturen öffentlicher Forschungsförderung haben die neuen Länder mit etwa 140 außeruniversitären Forschungseinrichtungen (darunter drei vom Bund zu 90 % finanzierte Großforschungseinrichtungen) insgesamt einen mit Westdeutschland vergleichbaren Stand erreicht. Dies gilt nicht nur für Anzahl und Ausstattung der Einrichtungen, sondern auch für ihr Aufgabenspektrum und ihre Strukturen, die auf Empfehlungen des Wissenschaftsrates aus dem Jahr 1991 aufbauen. Auch die Max-Planck-Gesellschaft hat ihr Engagement erheblich ausgeweitet und strebt bis etwa 1998 einen Ausbau ihrer Kapazitäten auf 15–20 Institute an. Dafür soll der Haushalt der Max-Planck-Gesellschaft, der von Bund und Ländern gemeinsam getragen wird, in den kommenden Jahren kontinuierlich um 5 % angehoben werden.

Industrieforschung

Auch im Bereich der Fachprogramme liegt die Projektförderung mittlerweile auf einem mit den alten Ländern vergleichbaren Niveau und erreicht 1995 mit über 1 Mrd. DM Partner in Wirtschaft, außeruniversitärer Forschung und Hochschulen, die vielfach in Verbundvorhaben vernetzt sind. Die Projektbeteiligten aus den neuen Ländern an solchen bundesweiten Programmen erhalten eine um 10 Prozentpunkte höhere Förderquote.

Angesichts noch offener Strukturen in Ostdeutschland wird es möglich und notwendig sein, die Projektförderung dort auf Leitprojekte in den Bereichen vorsorgender Umwelttechnologien, sicherer Energieversorgung, breitenwirksamer Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechnologien, biotechnologischer Forschung und Entwicklung zu konzentrieren. Dadurch sollen zugleich Initialwirkungen bei der Schaffung zukunftsorientierter Arbeitsplätze in innovativen Schlüsselbereichen erzielt werden.

Voraussetzung für eine dauerhaft auf den Märkten erfolgreiche Wirtschaft sind innovative, wettbewerbsfähige Produkte. Die notwendige Forschung und Entwicklung ist in erster Linie Aufgabe der Unternehmen. Allerdings ist die Diskrepanz der industriellen Forschung zwischen Ost- und Westdeutschland noch sehr groß, so daß eine staatliche Hilfe unerläßlich ist.

Hinzu kommt, daß viele Unternehmen finanziell noch so schwach sind, daß sie keine oder keine ausreichende Forschungs- und Entwicklungstätigkeit durchführen können.

Die bestehenden Programme der Bundesregierung setzen an bei

- der Personalförderung im Forschungsbereich,
- der Hilfe zur Entwicklung innovativer Produkte,
- der Förderung der Auftragsforschung bzw. -kooperation,
- der marktvorbereitenden Industrieforschung,
- technologieorientierten Unternehmensgründungen und beim Aufbau von Technologietransfer-Einrichtungen, um auch kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu technologischen Entwicklungen zu erleichtern.

Die neuen Länder werden bei diesen Programmen einen zunehmenden Beitrag leisten müssen.

Darüber hinaus erwartet die Bundesregierung, daß die öffentlichen Fördermaßnahmen durch Anstrengungen der Wirtschaft selbst ergänzt werden. Dies kann durch stärkere Vergabe von industriellen Forschungsaufträgen an Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland sowie stärkere Verlagerung von Forschungskapazitäten in den Unternehmen selbst erfolgen. Die Bundesregierung begrüßt die Initiative durch die Einkaufsoffensive der Wirtschaft in diesem Zusammenhang.

Lehrstellen und berufliche Bildung

Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist es, daß alle ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhalten. Dabei gibt die Bundesregierung der Ausbildung im Betrieb Priorität. Sie hat daher die Anstrengungen der Wirtschaft unterstützt, verstärkt Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Das Mitte 1995 eingeführte Programm zum verstärkten Einsatz von Ausbildungsberatern und Ausbildungsplatzentwicklern kann zu einer Entspannung auf dem Lehrstellenmarkt beitragen. Dieses bis 1998 angelegte Programm ist darauf ausgerichtet, durch persönliche Kontaktaufnahme von Experten der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern bisher noch nicht oder nur in geringem Umfang ausbildende Unternehmen für mehr Ausbildungsplätze zu gewinnen. Für Betriebe, die allein nicht die fachlichen, finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen für eine Ausbildung haben, wird eine Verbundlösung angestrebt. Bei ihrer Realisierung leisten die Berater Unterstützung.

1995 ist gegenüber 1994 das Ausbildungsplatzangebot um 10 % im Handwerk und um 16 % im Bereich der Industrie- und Handelskammern gestiegen. Da dieser Zuwachs nicht ausreichte, um allen interessierten Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu ermöglichen, haben Bund und Länder ein Programm für außerbetriebliche Ausbildung für 14 500 Jugendliche beschlossen. Die Finanzierung dieses Programms von rd. 860 Mio. DM für fünf Jahre erfolgt zu jeweils 50 % von Bund und Ländern.

Die Bundeswehr unternimmt große Anstrengungen zur beruflichen Beratung und fachberuflichen Förderung von Soldaten in den neuen Ländern. So sorgt der Berufsförderungsdienst der Bundeswehr für eine abgeschlossene Berufsausbildung, durch die die Arbeitsmarktchancen der Soldaten verbessert werden.

Auch in den kommenden Jahren ist mit einem anhaltend hohen Niveau der Lehrstellennachfrage zu rechnen. Die Wirtschaft muß daher ihre Ausbildungsanstrengungen weiter verstärken. Die Bundesregierung wird mit dem erwähnten Programm der „Ausbildungsplatzentwickler" ihren Beitrag leisten. Von Bedeutung ist auch der durch die Bundesregierung

geförderte Aufbau eines flächendeckenden Netzes überbetrieblicher Berufsbildungsstätten zur Unterstützung, vor allem für Klein- und Mittelbetriebe, sowie die Qualifizierung des Personals in der beruflichen Bildung. Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen für Lehrstellenangebote überprüft werden. Dazu gehören auch zu hohe bzw. undifferenzierte Ausbildungsvergütungen. Dies ist vor allem Aufgabe der Tarifvertragsparteien.

5. Umweltpolitik

Wesentlicher Leitgedanke der ökologischen Sanierungs- und Entwicklungsstrategie für die neuen Länder war und ist neben der Wiederherstellung und Sicherung einer gesunden Umwelt der Beitrag des Umweltschutzes zu einer integrierten Standortpolitik.

Einen Schwerpunkt bildet dabei die Sanierung der ökologischen Altlasten. Für die Beseitigung der Altlasten haben Bund und Länder Mittel von insgesamt rd. 24 Mrd. DM vorgesehen, davon bis zu 7,5 Mrd. DM allein für die Braunkohlesanierung in den Jahren 1993 bis 1997 als größtes zusammenhängendes Umweltprojekt in Deutschland und rd. 6 Mrd. DM für weitere 23 Großprojekte. In geeigneten Fällen, besonders bei Beräumungsmaßnahmen, soll die erfolgreiche Verknüpfung von Umweltsanierung und Arbeitsförderung weitergeführt werden.

Für den zügigen weiteren Ausbau einer modernen Umweltschutzinfrastruktur sind auch in Zukunft beträchtliche Investitionen erforderlich. Wichtig ist, daß es kurzfristig gelingt, den ins Stocken geratenen Aufbau einer leistungsfähigen Abwasserentsorgung bei möglichst niedriger Gebührenbelastung rasch fortzusetzen. Die Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang auch durch Änderung der Bundeshaushaltsordnung Vorschläge zu mehr Wettbewerb unter Einbeziehung privater Investoren gemacht. Sie fordert die Kommunen auf, verstärkt die Möglichkeiten der Einschaltung privater Investoren und Betriebe zu prüfen. Sie wird sich für die steuerliche Gleichbehandlung von öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Organisationsformen bei der Körperschaft- und der Umsatzsteuer einsetzen.

Die Sanierung der Hinterlassenschaften des ostdeutschen Uranbergbaus im Rahmen des Wismut-Projektes ist gut vorangekommen, aber weiterhin eine der größten ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen in Deutschland. Von den bereits vom Bund zur Verfügung gestellten 13 Mrd. DM sind bereits knapp 4 Mrd. DM verausgabt worden. Die Bundesregierung wird dafür Sorge tragen, daß in 10 bis 15 Jahren das Projekt erfolgreich zum Abschluß gebracht werden kann.

6. Soziale Sicherung

Arbeitsmarktpolitik

Der massive Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums hat wesentlich zur Entlastung des Arbeitsmarktes beigetragen. Es ist nicht zuletzt Verdienst dieser Politik, daß die Menschen in den neuen Ländern die Bereitschaft aufbringen, die notwendigen Anpassungsprozesse mitzutragen.

Bei der Beschäftigung ist inzwischen die Talsohle durchschritten. Seit Anfang 1994 nimmt die Erwerbstätigkeit wieder kontinuierlich zu. Dennoch werden arbeitsmarktpolitische Stützungsmaßnahmen angesichts der hohen Arbeitslosigkeit auch weiterhin in beachtlichem Umfang notwendig bleiben. Die Lösung der Beschäftigungsprobleme kann letztlich nur über den regulären Arbeitsmarkt erfolgen. Dies haben Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften immer bekräftigt. Deshalb werden die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen den Fortschritten auf dem Arbeitsmarkt angepaßt.

Auch im Jahre 1996 unternimmt der Bund große Anstrengungen, Beschäftigungsmaßnahmen nach § 249h AFG fortzuführen. Dabei ist er jedoch maßgeblich auf die Unterstützung aller Verantwortlichen, insbesondere der Länder und der Gewerkschaften angewiesen. Um Verharrungs- und Verfestigungstendenzen entgegenzuwirken, ist auch bei der Nutzung dieses Instrumentes auf die direkte Wiedereingliederung in den regulären Arbeitsmarkt abzustellen. Diesem Ziel dienen auch die – auf die Situation der arbeitslosen Frauen bezogenen – gemeinsamen Arbeitsmarktkonferenzen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Wirtschaftsministerien der Länder mit den Tarifparteien, Vertretern der Wirtschaftsförderungsgesellschaften und den Landesarbeitsämtern. Vor allem Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung tragen dazu bei. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen wird durch stärkere Ausrichtung der Lerninhalte an den Bedürfnissen der Unternehmen weiter verbessert werden.

Gesundheitspolitik

Aufgrund der schnellen und erfolgreichen Transformation des staatlichen Gesundheitswesens in ein pluralistisches Gesundheitssystem sind für die neuen Länder kaum noch Sonderregelungen notwendig. Auch hinsichtlich der Qualität der gesundheitlichen Versorgung, der medizinischen Methoden und Verfahren gibt es zwischen Ost- und Westdeutschland heute kaum mehr Unterschiede. Die fachliche Qualifikation der Ärzte und der anderen Gesundheitsberufe entspricht voll derjenigen in den alten Ländern.

Rentenpolitik

Mit dem Renten-Überleitungsgesetz ist ein einheitliches Rentenrecht für Ost- und Westdeutschland geschaffen worden. Mit der Angleichung der Arbeitsentgelte werden die Unterschiede in den absoluten Rentenniveaus vergleichbarer Rentner in den alten und neuen Ländern automatisch ausgeglichen, ohne daß es weiterer gesetzlicher Eingriffe bedarf. Korrekturbedarf besteht nur in Einzelfragen wie etwa der Höhe der Rentenleistungen an ehemalige Angehörige von Zusatz- und Sonderversorgungssystemen.

7. Aufbau der Verwaltung und der Justiz

Verwaltungen

Der Verwaltungsaufbau in den neuen Ländern ist auf allen Ebenen (Bund, Länder und Gemeinden), nicht zuletzt durch die umfangreichen Hilfen von Bund und alten Ländern, weit vorangeschritten. Noch bestehende Defizite in einzelnen Bereichen erfordern intensive Ausbildung und Schulung sowie weitere Unterstützung durch die alten Länder. Nach wie vor bestehende Personalüberhänge, insbesondere in den Kommunalverwaltungen, müssen weiter abgebaut werden. Die Bundesvermögensverwaltung hat darüber hinaus in großem Umfang Grundstücke zum Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und zu gemeinnützigen Zwecken zur Verfügung gestellt. Dabei hat der Bund durch Verbilligungen auf Einnahmen in Höhe von rd. 1,5 Mrd. DM verzichtet.

Justiz

Beim Aufbau der Justiz in den neuen Ländern wurden erhebliche Fortschritte erzielt. Einigungsbedingte Aufgaben, wie insbesondere die sog. Regierungskriminalität, stellen weiterhin hohe Anforderungen an die Justiz. Sie ist deshalb weiter auszubauen und zu festigen, um ihre Funktionsfähigkeit auch bei steigendem Geschäftsanfall zu gewährleisten. Elementare Aufgabe der Justizpolitik ist es, das gewachsene Vertrauen der Bevölkerung in eine rechtsstaatliche Justiz zu stärken; dazu haben bisher beispielsweise Überprüfungen der aus dem DDR-Dienst übernommenen Richter und Staatsanwälte beigetragen. Anzustreben sind in den alten wie in den neuen Ländern eine Beschleunigung von Verfahren im Interesse eines effektiven Rechtsschutzes sowie die weitere Vereinfachung von Vorschriften mit dem Ziel leichter Umsetzbarkeit.

8. Eigentums- und Vermögensfragen

Mit dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz wurde nach dem Sachenrechtsbereinigungsgesetz und dem Schuldrechtsanpassungsgesetz das letzte zur Neuordnung der Eigentums- und Vermögensverhältnisse noch ausstehende Regelungswerk verabschiedet. Das Investitionsvorranggesetz, dessen Geltung bis Ende 1995 befristet ist, wird bis Ende 1998 verlängert. Die Rechtsverordnung wurde von der Bundesregierung am 1. September 1995 verabschiedet. Sie bedarf noch der Befassung des Bundestages und soll mit Zustimmung des Bundesrates rechtzeitig vor Jahresende erlassen werden.

Wichtigste Aufgabe ist damit eine möglichst schnelle und reibungslose Umsetzung der geltenden Regelungen. Die Vermögenszuordnung, d. h. die Aufteilung des ehemaligen Volkseigentums auf die Gebietskörperschaften bzw. die Treuhandunternehmen durch die Oberfinanzpräsidenten und den Präsidenten der BvS wird mit Nachdruck vorangetrieben. Von über 2,5 Mio. beantragten Flurstücken wurde bereits mehr als die Hälfte erledigt. Die Rückübertragung von Vermögenswerten nach dem Vermögensgesetz muß zügig fortgesetzt werden. Es darf in keinem Fall zu einem Nachlassen der Anstrengungen in den Vermögensämtern kommen, damit bald Rechtssicherheit durch Erledigung aller Rückgabeanträge erreicht wird. Daneben müssen diese Ämter bereits jetzt Entscheidungen nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz treffen, auch um die für den Flächenerwerb notwendigen Voraussetzungen und damit eine zügige Privatisierung land- und forstwirtschaftlicher Flächen durch die Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) zu ermöglichen. Zur Sicherung und möglichst weiteren Verbesserung der Effizienz der Vermögensämter wird das sog. Rechtsanwaltsprogramm fortgesetzt, d. h. die teilweise Finanzierung von Anwälten als Hilfe für die Vermögensämter durch den Bund auch im Jahre 1996.

Die weitere Optimierung der Arbeit der Grundbuchämter, die eine große Last bei der Herstellung gesicherter Eigentumsverhältnisse tragen, bleibt eine wichtige Aufgabe. Der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung sowie von inzwischen in den neuen Ländern ausgebildeten Rechtspflegern sollte durch die Länder ausgebaut werden. Dazu gehört insbesondere auch die Einführung des vollelektronischen Grundbuchs, die in Sachsen und Sachsen-Anhalt (sowie in Bayern) mit Erfolg begonnen worden ist.

IV. Ausblick

Der Aufbau in Ostdeutschland stellt Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Politik weiterhin vor große Aufgaben. Er bietet aber auch große Chancen durch eine gut ausgebildete und leistungsbereite Bevölkerung, wettbewerbsfähige und innovative Unternehmen, eine moderne Infrastruktur, die günstige geographische Lage der neuen Länder zum Ostseeraum sowie zu Mittel- und Osteuropa sowie die Umsetzung einer Umweltpolitik mit Modellcharakter. Letztlich ist die Entwicklung in den neuen Ländern ein Spiegelbild der Kraft unserer Gesellschaft und ihrer Lernfähigkeit. Notwendig sind Flexibilität, Mobilität, aber auch Kreativität und Mut zur Übernahme von Risiken. Im Rahmen des Systems der Sozialen Marktwirtschaft kann staatliche Politik dabei nur Rahmenbedingungen setzen. Entscheidend ist das Vertrauen in die eigene Kraft bei Unternehmen und Bürgern.

Der Aufbau Ost ist auf dem Weg zum Erfolg, auch wenn noch eine schwierige Wegstrecke zu gehen ist.

Niemand kann heute eine verläßliche Prognose abgeben, in welchem Zeitraum die Wirtschaft der neuen Länder in etwa die Leistungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft erreichen wird. Die von verschiedener Seite vorgelegten Modellrechnungen sind lediglich Hypothesen. Diese unterliegen einer großen Zahl von Einflüssen. Entscheidend wird dabei weiterhin die solidarische Anstrengung aller Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Gesellschaft sein.

Der wirtschaftliche Aufbau der neuen Länder ist nur ein Teil des Prozesses des Zusammenwachsens Ost- und Westdeutschlands. Er ist gleichwohl eine unverzichtbare Grundlage. Für die Vollendung der Einheit ebenso bedeutsam sind das menschliche, kulturelle und gesellschaftliche Zusammenwachsen auf allen Ebenen. Die Wiedervereinigung hat neue Kräfte in Ost- und Westdeutschland freigesetzt.

Anlage 1

Transfers für Ostdeutschland

- in Mrd. DM -

	1991	1992	1993	1994	1995	1996
I. Leistungen Bundeshaushalt	**74,6**	**88,2**	**113,6**	**113,5**	**145,5**	**129,8**
1. Zahlungen an die Länder	**21,0**	**24,7**	**28,2**	**32,1**	**20,9**	**17,7**
Investitionsfördergesetz	5,3	0,0	1,5	0,0	6,6	6,6
GA BMWi	2,0	2,7	3,7	3,2	3,8	3,3
GA BML	0,5	1,0	1,0	1,0	1,0	0,9
Kommunaler Straßenbau / ÖPNV	1,8	3,1	1,8	1,7	1,5	1,5
Fonds "Deutsche Einheit"	4,0	9,9	14,2	19,5	0,0	0,0
Sonstiges (BAföG, Wohngeld etc.)	7,4	8,0	6,0	6,7	8,0	5,4
2. Leistungen an die Bevölkerung	**30,1**	**36,7**	**50,6**	**41,7**	**43,7**	**28,6**
Sozialversicherung	9,5	10,2	11,0	13,4	15,0	16,0
Arbeitslosenhilfe	2,8	4,7	4,5	5,5	6,7	4,5
Altersübergangsgeld	5,7	5,1	5,0	7,2	7,2	5,5
Sonstiges	12,1	15,7	30,1	15,6	14,8	2,6
3. Sonstige Ausgaben	**23,5**	**27,8**	**34,8**	**39,7**	**45,7**	**42,3**
Eisenbahnen des Bundes	7,7	9,5	10,1	15,0	14,6	13,5
Straßenbauplan	2,1	4,0	3,2	3,7	4,6	4,3
THA-Nachfolgegesellschaften	–	–	–	–	5,1	3,8
Sonstiges (EKH, Gasöl, Wismut etc.)	13,7	14,3	21,5	21,0	21,4	20,7
4. Einnahmeminderung Kindergeld	–	–	–	–	–	**5,2**
5. Steuerverzicht Finanzausgleich	–	–	–	–	**35,2**	**36,0**
II. Andere Leistungen (Fonds "Deutsche Einheit", EU, Rentenversicherung, Bundesanstalt für Arbeit, Länder/Gemeinden West)	**58,1**	**69,1**	**54,0**	**54,0**	**48,0**	**50,0**
III. Treuhandanstalt (1995 u. 1996 s. I.3.)	**19,9**	**29,6**	**38,1**	**34,4**	–	–
IV. Steuermindereinnahmen durch steuerliche Fördermaßnahmen (I-Zulage, Sonderabschreibung etc.)	**3,2**	**7,4**	**9,2**	**10,0**	**14,0**	**16,4**
Summe:	***155,8***	***194,3***	***214,9***	***211,9***	***207,5***	***196,2***
V. Rückflüsse Steuer- und Verwaltungsmehreinnahmen	**33,0**	**37,0**	**39,0**	**43,0**	**46,0**	**52,0**
Gesamtsumme:	***122,8***	***157,3***	***175,9***	***168,9***	***161,5***	***144,2***

Quelle: BMF

Anlage 2

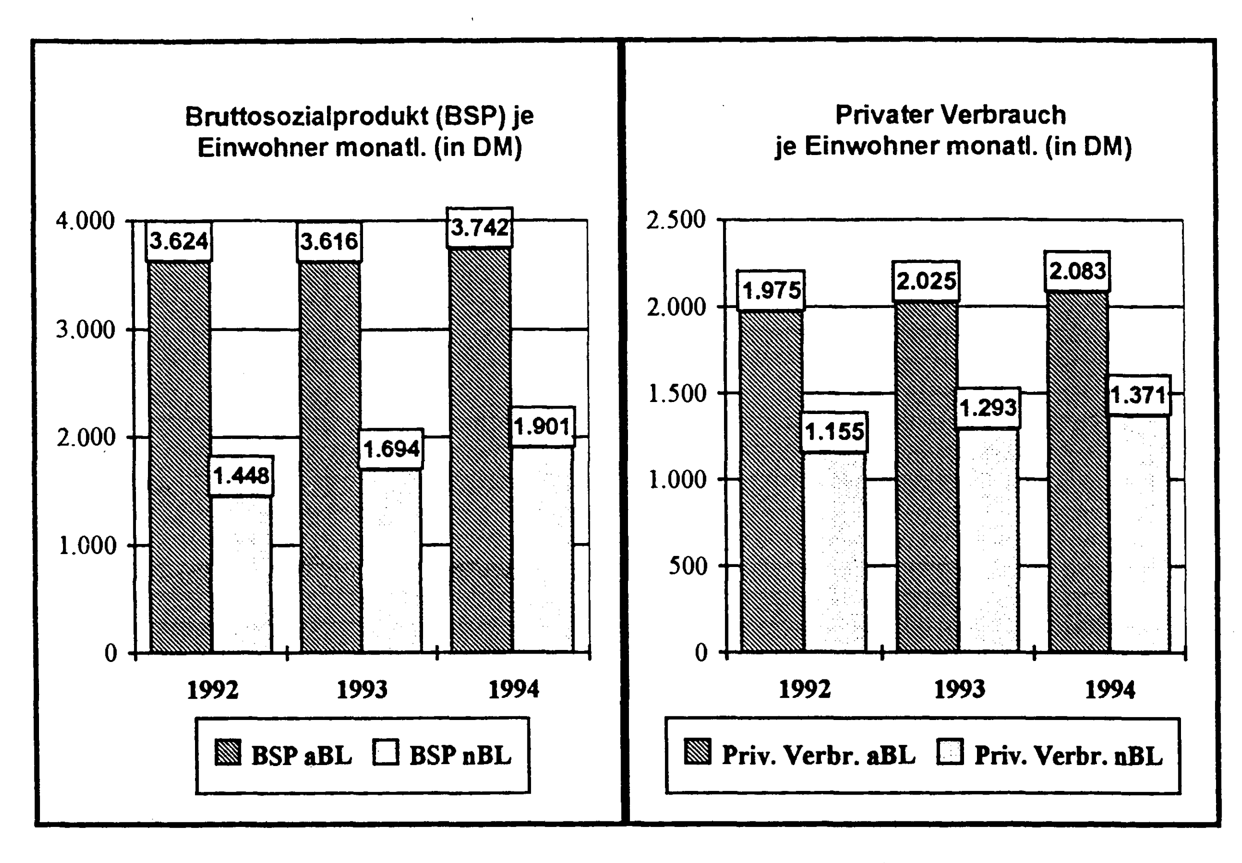
Wichtige gesamtwirtschaftliche Indikatoren und Ost - West-Relationen

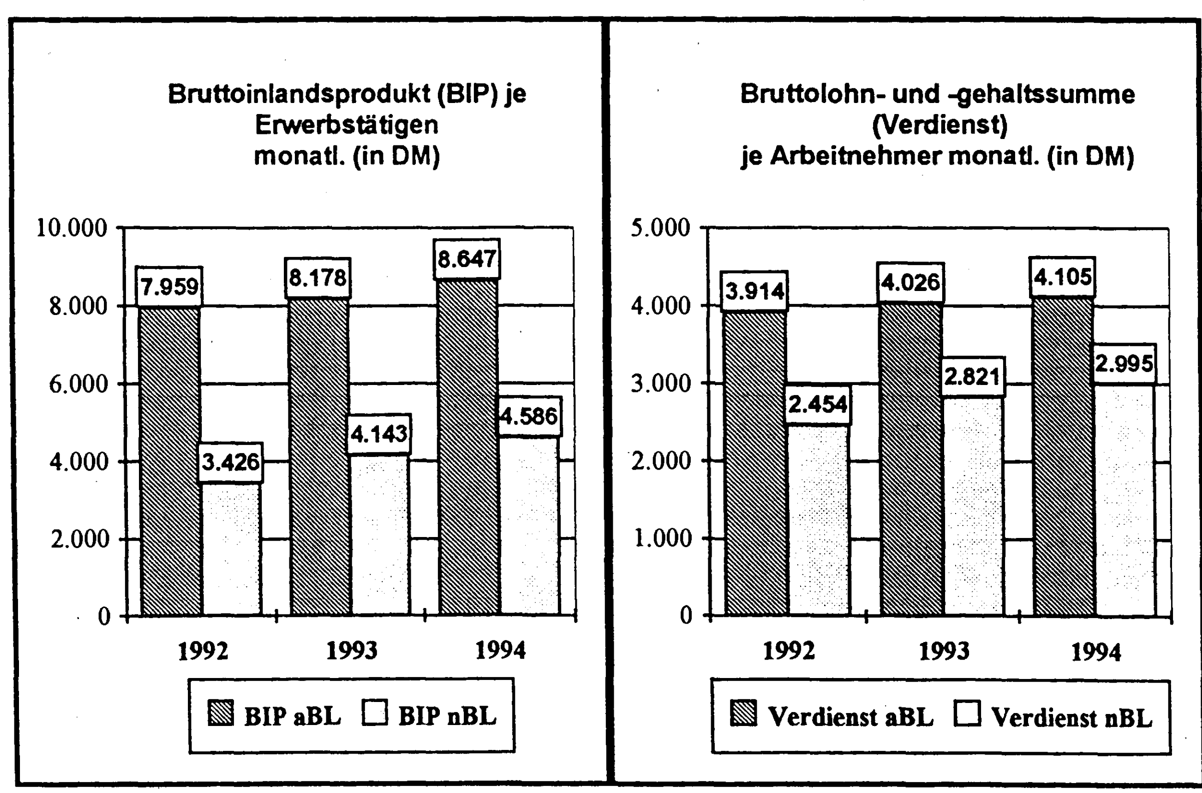
	1991	1992	1993	1994
1. Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Preisen (nBL) in Mrd. DM	206,0	262,6	308,6	346,9
2. Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (nBL) ggü. Vorjahr in % nominal:	x	27,5	17,5	12,4
real:	x	7,7	7,2	8,5
3. Anteil des Bruttoinlandsprodukts (nBL) am gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt in %	7,2	8,5	9,8	10,4
4. Produktivität je Erwerbstätigen (nBL) in DM	28.138	41.115	49.710	55.037
5. Produktivität je Erwerbstätigen (nBL) in % der Produktivität je Erwerbstätigen (aBL)	31,0	43,1	50,7	53,0
6. Absolute Lohnstückkosten (Westdeutschland = 100 %)	159,9	147,0	138,2	137,0
7. Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte (nBL) in Mrd. DM	196,7	250,2	279,2	291,4
8. Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner und Monat (nBL) in DM	1.030	1.325	1.487	1.560
9. Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner und Monat (nBL) in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte je Einwohner und Monat (aBL)	47,5	58,6	64,6	66,3
10. Monatliche Bruttolohn- und gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer (nBL) in DM (Inländerkonzept)	1.790	2.454	2.821	2.995
11. Monatliche Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer (nBL) in % der monatlichen Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer (aBL) (Inländerkonzept)	48,3	62,7	70,1	72,9

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen (Stand: September 1995)

Anlage 3

Ausgewählte Einkommensrelationen





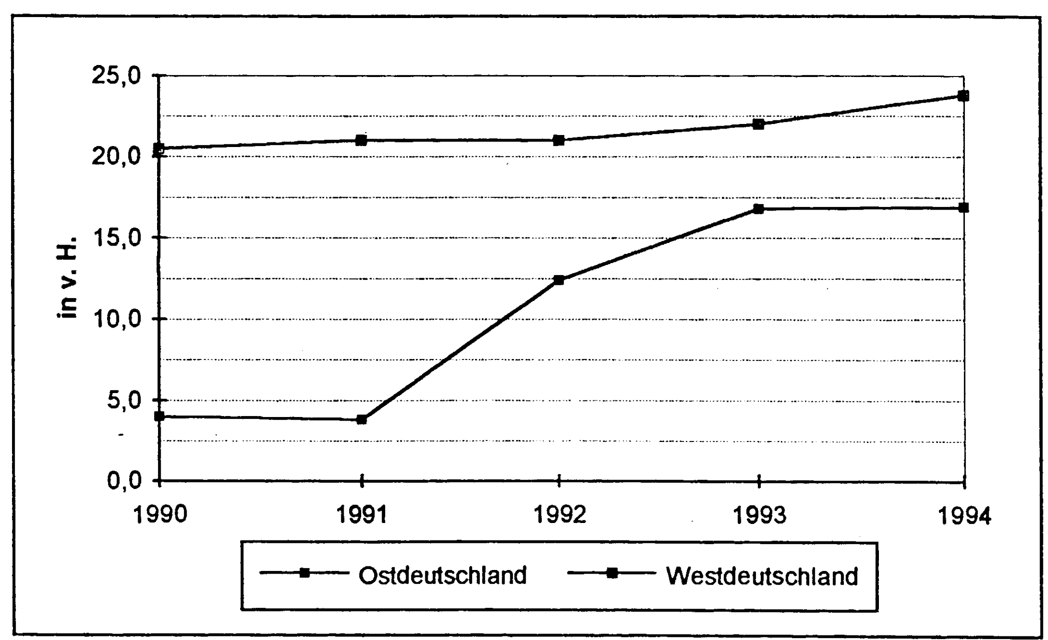
Quelle: Statistisches Bundesamt u. eig. Berechnungen (Stand: September 1995)

Anlage 4

Brutto-Kaltmieten in % des Haushalts-Netto-Einkommens/Monat*)

Vergleich Ostdeutschland - Westdeutschland 1990 - 1994

	1990	1991	1992	1993	1994
Ostdeutschland	4,0	3,8	12,4	16,8	16,9
Westdeutschland	20,5	21,0	21,0	22,0	23,8



*) Zahlen beziehen sich auf Befragungsmonat des DIW; 1991 erfolgte Mieterhöhung in den neuen Ländern erst im Oktober, so daß die Durchschnittsmiete tatsächlich deutlich höher liegt.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP); DIW

Anlage 5

Zahlen zum Arbeitsmarkt und zur Arbeitsmarktpolitik

- Durchschnitte in 1.000 -

Zeitraum	2. Hj.90	1991	1992	1993	1994	1. Hj. 95
"Erwerbspersonenpotential" 1)	9.236	9.014	8.703	8.531	8.417	4)
- Altersübergangsgeld	21	161	516	639	524	388
- Vorruhestand	323	350	292	210	122	51
= Erwerbspersonen	8.892	8.503	7.895	7.682	7.771	4)
- Arbeitslose	433	913	1.170	1.149	1.142	1.053
Arbeitslosenquote nachrichtl. 2)			15,4	15,1	15,2	14,1
= Erwerbstätige mit Pendlern	8.459	7.590	6.725	6.533	6.629	4)
+ Pendler-Saldo	-136	-269	-338	-325	-326	4)
= Erwerbstätige ("Inlandskonzept")	8.323	7.321	6.387	6.208	6.303	6.374
Teilnehmer in :						
ABM / § 249 h AFG	7	183	388	263	280	321
Qualifizierungsmaßnahmen (FuU)	39	280	491	381	259	268
Kurzarbeiter	1.516	1.616	370	181	97	83
Arbeitsmarktentlastung 3)	1.055	1.883	1.982	1.641	1.315	1.004

1) hier definiert als Erwerbspersonen zuzüglich der Empfänger von Altersübergangsgeld und Vorruheständler

2) bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen; Daten für 1990 und 1991 liegen nicht vor

3) hier definiert als Empfänger von Altersübergangsgeld, Vorruheständler, Arbeitnehmer in ABM, in Maßnahmen nach § 249 h AFG und in Kurzarbeit sowie Schlechtwettergeld, Teilnehmer in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, der berufsfördernden Rehabilitation; 1995 Jahresdurchschnitt gem. Haushaltsansätze

4) Zahlen liegen noch nicht vor

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen IAB, eigene Berechnungen (Stand: September 1995)

Anlage 6

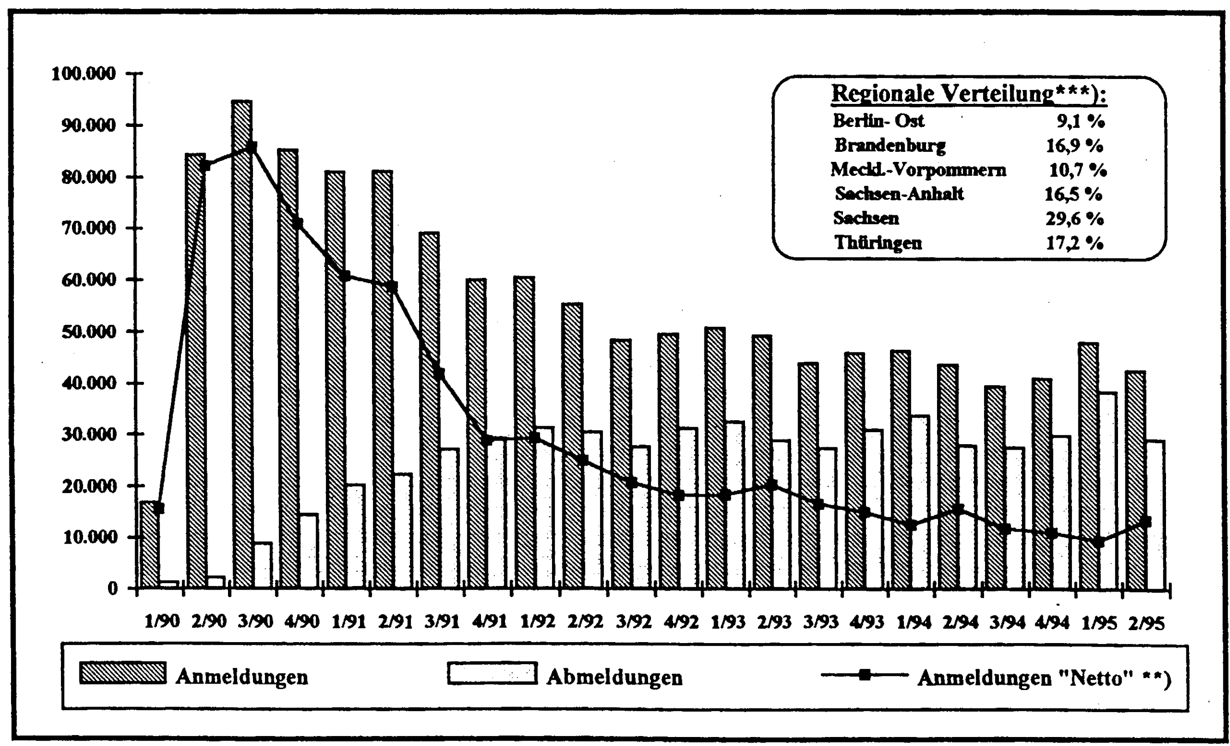
Gründungsgeschehen in den neuen Ländern

Existenzgründungen 1990 bis 1995

	1992	1993	1994	*April*	*Mai*	*Juni*
Gewerbeanzeigen						
Gesamt *)	214.316	190.032	170.782	*14.031*	*14.602*	*13.965*
darunter: Handwerk	22.366	20.630	19.838	*1.679*	*1.589*	*1.645*
Handel und Gastgewerbe	97.875	85.767	74.068	*5.938*	*6.232*	*5.977*
Industrie	9.820	8.663	8.976	*833*	*876*	*744*
Gewerbeabmeldungen						
Gesamt *)	120.768	119.557	119.300	*9.510*	*9.818*	*9.754*
darunter: Handwerk	11.028	11.351	12.573	*1.146*	*1.098*	*1.129*
Handel und Gastgewerbe	61.902	60.757	59.252	*4.701*	*4.926*	*4.851*
Industrie	3.398	2.938	3.377	*350*	*340*	*311*
Zahl der Anmeldungen - Netto - **)	93.548	70.475	51.482	*4.521*	*4.784*	*4.211*
	1990	**1991**	**1992**	**1993**	**1990 bis Juni 1995**	
Gesamtzahl der Anmeldungen	281.096	292.997	214.316	190.032	**1.239.829**	
Gesamtzahl der Abmeldungen	26.694	99.767	120.768	119.557	**533.668**	
- Netto - **)	**254.402**	**193.230**	**93.548**	**70.475**	**686.161**	

*) Die Angaben sind vorläufig. Sie können nachträglich korrigiert werden, da
- die Übergabe der Einzelbelege von den Gewerbeämtern an die Statistischen Landesämter monatlich nicht immer zeitgleich erfolgt,
- Nachmeldungen bzw. Neuzuordnungen durch die Gewerbeämter möglich sind.

Gründungsgeschehen - Überblick (vierteljährlich)



**) "Netto" = Gewerbeanmeldungen abzüglich der - abmeldungen im gleichen Zeitraum

***) Anmeldungen "Netto" kumuliert

Quelle: Statistisches Bundesamt

Anlage 7

Investitionstätigkeit in den neuen Ländern

Anlageinvestitionen

- in Mrd. DM -

	2.Hj.1990	1991	1992	1993	1994	Gesamt
Anlageinvestitionen	34,4	91,8	126,71	151,1	179,7	583,6
- Ausrüstungen	13,2	41,8	46,6	50,2	53,8	205,6
- Bauten	21,2	49,9	80,1	100,9	125,8	377,9

Quelle: Statistisches Bundesamt (Stand: September 1995)

Unternehmensinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen

- in Mrd. DM -

	1991	1992	1993	1994	1995
Land-/Forstwirtschaft	0,95	1,10	1,30	1,50	1,80
Produzierendes Gewerbe	32,45	41,10	45,20	49,20	56,20
dar.: Energie-/Wasser/Bergbau	10,35	14,15	17,00	19,10	22,30
Verarbeitendes Gewerbe	18,50	22,50	23,70	24,60	27,50
Baugewerbe	3,60	4,45	4,50	5,50	6,40
Handel	4,35	5,30	5,70	6,00	5,80
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	16,15	22,50	24,90	26,70	28,80
Dienstleistungsunternehmen	23,70	34,60	46,90	63,40	78,90
dar.: Wohnungsvermietung	15,90	23,90	31,40	44,90	56,60
Unternehmen insgesamt	*77,60*	*104,60*	*124,00*	*146,80*	*171,50*

Quelle: ifo Investorenrechnung Ost, Statistisches Bundesamt (Stand: Januar 1995)

Bruttoanlageinvestitionen je Einwohner

- Westdeutschland = 100 % -

	1991	1992	1993	1994
Investitionen insgesamt	66	90	118	138
- Private Investitionen	61	82	113	128
* Unternehmen (o.Whg.)	68	93	131	150
* Wohnungsbau	44	64	82	106
- Öffentl. Investitionen	102	150	155	186

Quelle für Ausgangszahlen: Statistisches Bundesamt (Stand: September 1995)

Anlage 8

Infrastruktur-Investitionen

Telekom

	1991 1)	1992 1)	1993 1)	1994 1)	1995 2)	1996-97 2)
Investitionsvolumen (in Mrd. DM)	6,65	11	10	7,9	8,0	16,45
Planzahl neu zu errichtender Telefonanschlüsse	500.000	930.000	850.000	1,2 Mio.	1,2 Mio.	1,5 Mio.

	1991	1992	1993	1994	1995/I
Bestand an Telefonanschlüssen (in Mio.)*)	2,4	3,12	4,14	5,33	5,62
Zahl der neu errichteten Anschlüsse *) 3)	492.000	931.000	1.021.000	1.197.000	286.100
Anträge zur Errichtung eines Telefonanschlusses (in Mio) *)	2,1	2,19	2,09	1,60	1,50
- davon Gewerbetreibende *)	315.000	298.000	278.000	199.000	163.000

1) IST-Zahlen
2) Geplantes Investitionsvolumen
3) einschl. Neuvergaben bestehender, freigewordener Telefonanschlüsse
*) Zahlen gerundet
Quelle: BMPT (Stand: August 1995)

Verkehr (neue Länder einschl. Berlin)

- in Mrd. DM gerundet -

	1991 Ist	1992 Ist	1993 Ist	1994 Ist	1995 Soll
Deutsche Reichsbahn; ab 1994 Deutsche Bahn AG 1)	5,3	7,0	7,6	4,7	10,1
Bundesfernstraßen	1,9	3,5	2,7	3,1	3,6
ÖPNV/ Kommunaler Straßenbau 2)	2,0	3,2	1,8	1,8	1,8
Bundeswasserstraßen 3)	0,1	0,1	0,1	0,2	0,3
Summe	9,3	13,8	12,2	9,8	15,8 1)

1) ab 1994 nach Bahnreform nur noch Investitionen in die Bundesschienenwege;1995 Gesamtinvestitionen der DB AG Bundesrepublik Deutschland insgesamt
2) ab 1991 GVFG
3) einschließlich Bauleitungskosten
Quelle: BMV (Stand: 6. Juli 1995)

Wirtschaftsnahe Infrastruktur
(gefördert durch GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur")

- in Mrd. DM gerundet -

	1991	1992	1993	1994	1. Hj. 1995	Okt.1990 - Juli 1995
angeschobenes Investitionsvolumen	5,0	4,3	6,4	8,3	0,6	24,1 *)
Zusagebetrag (Bund, Länder, EU)	3,2	2,7	4,8	5,9	0,5	17,1

*) Abweichung von der Summe der Einzeljahre durch nachträglich revidierte Investitionsschätzungen, die sich nicht exakt zeitlich zuordnen lassen
Quelle: BMWi (Stand: Juli 1995)

Anlage 9

Vergleich der Wirtschaftsstruktur zwischen Ost- und Westdeutschland

Anteile der Wirtschaftsbereiche an der unbereinigten Bruttowertschöpfung (in Preisen von 1991)	Ostdeutschland					Westdeutschland				
	1991	1992	1993 *)	1994 **)	1995 **)	1991	1992	1993	1994 **)	1995 **)
	- in % -					- in % -				
Land- und Forstwirtschaft	**3,4**	**3,3**	**3,3**	**3,1**	**3,0**	**1,3**	**1,4**	**1,4**	**1,4**	**1,3**
Produzierendes Gewerbe	**36,6**	**37,4**	**38,7**	**41,0**	**43,1**	**39,2**	**37,9**	**36,0**	**36,1**	**36,4**
Energie, Wasser, Bergbau	7,8	6,0	5,7	5,4	5,2	2,9	2,8	2,8	2,7	2,7
Verarbeitendes Gewerbe	17,1	16,6	17,1	18,1	19,4	30,9	29,7	27,8	27,9	28,4
Baugewerbe	11,8	14,9	15,8	17,5	18,5	5,4	5,4	5,4	5,5	5,4
Handel und Verkehr	**14,3**	**13,7**	**14,4**	**14,1**	**14,0**	**15,1**	**15,2**	**15,2**	**14,9**	**14,6**
Handel	9,3	9,6	9,8	9,6	9,5	9,5	9,4	9,3	9,0	8,8
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	5,0	4,1	4,6	4,5	4,5	5,6	5,8	5,9	5,9	5,9
Dienstleistungsunternehmen	**22,0**	**23,9**	**23,6**	**23,4**	**23,1**	**31,2**	**32,3**	**33,8**	**34,3**	**34,6**
Staat, priv.Haushalte, Organis. o. Erwerbszweck	**23,6**	**21,7**	**20,1**	**18,4**	**16,8**	**13,1**	**13,2**	**13,5**	**13,3**	**13,0**
Bruttowertschöpfung unbereinigt	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**

*) Teilweise geschätzt

**) Schätzungen des Ifo-Instituts

Quelle: Statistisches Bundesamt, Schätzungen des Ifo Instituts

Wichtigste Wirtschaftstransfers für Unternehmen (in Mrd. DM)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Steuerliche Fördermaßnahmen (I-Zulage, Sonderabschreibungen, Aussetzung Gewerbekapital- u. Vermögensteuer, Beteiligungskapital Ost, § 6 b EStG)	3,2	7,4	9,2	10,0	14,0	16,4
Gemeinschaftsaufgabe "Wirtschaft"	2,0	2,7	3,7	3,2	3,8	3,3 *)
Eigenkapitalhilfeprogramm	0,2	0,5	0,7	0,9	1,2	1,3 *)
ERP	-	0,0	0,4	1,0	0,4	0,5 *)
THA (ab 1995: THA-Nachfolgegesellschaften)	19,9	29,6	38,1	34,4	5,1	3,8 *)
Summe:	***25,3***	***40,2***	***52,1***	***49,5***	***24,5***	***25,3***

*) Haushaltsentwurf 1996

Quelle: BMF



Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333